

Sozialistische Arbeiter Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Schlagt den Faschismus

Ein letzter Appell

Wieder wird die deutsche Bevölkerung zur Entscheidung gerufen. In Preußen, Bayern, Anhalt und Hamburg werden die Parlamente erneuert. Der Aufmarsch der Parteien nähert sich bereits dem Abschluß. Das Wort haben jetzt die Wähler

Auch die Sozialistische Arbeiterpartei bewirbt sich um deren Gunst. Aber wenn sie sich zum Kampfe stellte, so galt dieser nicht dieser oder jener Partei, sondern all denen, die direkt oder indirekt das herrschende Wirtschaftssystem schützen und stützen. Denn was immer den Wählern versprochen werden mag:

auf dem Boden des Kapitalismus winkt der Arbeiterschaft nur Not und Tod

Darum ist und bleibt erste und oberste Aufgabe die Ueberwindung der bestehenden Ordnung, die Brechung des Monopols der Besitzenden.

Diese Entscheidung wird nicht auf dem Wege von Parlamenten getroffen. Die SAP verabscheut es daher auch absichtlich, mit Versprechungen vor die Wählerschaft zu treten. Dafür weist sie der Arbeiterschaft den Weg, auf dem das Ziel, die soziale Befreiung der Arbeiterschaft, zu verwirklichen ist.

Dieser Weg ist die Errichtung einer Arbeiterregierung durch den Zusammenschluß aller Schaffenden und Besitzlosen.

Das ist das Ziel, das die Sozialistische Arbeiterpartei aufstellt und für dessen Erreichung sie die Arbeiter, Angestellten und Beamten aufrüttelt.

Auch die Arbeiterregierung wird nicht aus abgegebenen Stimmzetteln entstehen, aber der Ruf der Sozialistischen Arbeiterpartei wird um so größere Beachtung und Gefolgschaft finden, je mehr sich zu ihr an dem kommenden Sonntag bekennen und je stärker sie auch in den Parlamenten ihre Stimme erheben kann.

Darum werben wir um die Stimmen der Werktätigen, darum rufen wir sie zur Wahl auf!

Arbeiter, Angestellte, Beamte, Bauern!

Glaubt nicht denen, die euch goldene Berge versprechen, glaubt nicht, daß ihr den Faschismus geschlagen habt, wenn ihr euch in Preußen hinter Braun und Severing reht, glaubt nicht, daß der Kapitalismus geschlagen wird, wenn ihr eure Stimmen der Kommunistischen Partei gebt.

Der Faschismus wird nur geschlagen, wenn die Parteien des Proletariats zusammengeführt werden auf dem Boden des unverfälschten Klassenkampfes, einzig in dem Ruf

Her mit der Arbeiterregierung

Diese Zusammenfassung zu fördern und zu beschleunigen, betrachtet die SAP als ihre historische Mission. Sie wird nicht ruhen, ehe sie erfüllt ist, und darum ruft sie den Wählern zu:

Her zu uns!

Her zur Sozialistischen Arbeiterpartei!

Werbt überall für unsere Partei!

Alle Kraft für eine starke SAP

Rotationsdruckerstreik beschlossen

Auf Anweisung einer Funktionärversammlung der Berliner Rotationsdrucker wurde am Mittwoch in allen Berliner Betrieben eine Streikabstimmung durchgeführt. Von den insgesamt 703 Berliner Rotationsdruckern beteiligten sich 625 an der Abstimmung. Davon stimmten 467 für den Streik, 97 dagegen, 53 Stimmen waren ungültig. Doch auch diese 53 waren für Streik und wurden nur aus formellen Gründen als ungültige Stimmen gewertet.

Der Streik soll nach einem am Donnerstagabend gefaßten Funktionärbeschuß heute, Sonnabend, früh nach Beendigung der

Nachtschicht in sämtlichen Berliner Druckereien beginnen, allerdings nur an den Rotationsdruckmaschinen. Der Streik richtet sich gegen die in dem gefällten Schiedsspruch festgelegten Verschlechterungen des Manteltarifs. Das Ziel des Kampfes soll sein unveränderte Verlängerung des Manteltarifs um ein Jahr.

Wir halten es für sehr notwendig, daß die Buchdrucker gegen jede Verschlechterung des Manteltarifs den Kampf führen, glauben aber, daß es gleichzeitig notwendig wäre, für die alte Forderung, sofortige Einführung der 40-Stundenwoche mit vollem Lohnausgleich, den Kampf zu führen.

Es bleibt abzuwarten, ob die Verbandsleitung den Streik sanktioniert, oder ob sie nicht noch in letzter Minute versucht, den Kampf zu verhindern.

Stegerwald läßt die Katze aus dem Sack

Neuer Lohnabbau auf der ganzen Front

Stegerwald gibt in einer neu erscheinenden Zeitschrift „Weg zur Freiheit“, Monatschrift für Wirtschafts- und Sozialpolitik, mit brutaler Offenheit seine wirklichen Pläne bekannt. In dem von Stegerwald namentlich gezeichneten Artikel wird einleitend wieder die auf Irreführung berechnete Phrase, daß „eine

tungsbehörden des ganzen Reiches ergangen.

Das ist, wie wir schon immer feststellten, nichts anderes als ein neuer Lohnraub auf der ganzen Linie. Wenn Stegerwald sagt, daß „besonders bei den für den Binnenmarkt arbeitenden Industrien“ der Lohn gekürzt werden müsse, so gibt es wohl kaum einen Industrie- oder Gewerbebezirk in Deutschland, der nicht neben dem Export auch für den Binnenmarkt arbeitet. Mit dieser Anweisung kann also jeder Schlichter bei jedem Schiedsspruch Lohnkürzungen aussprechen. Stegerwald sagt auch gleichzeitig, daß die Schlichter nicht etwa zu zart sein sollen, sondern daß jetzt „Lohnabbau im vollen Umfang“, d. h. ganz nach den Wünschen der Unternehmer ausgesprochen werden soll.

Das ist eine so provokatorische Kampfansage an die gesamte Arbeiterklasse, daß es hier nur eine Antwort geben kann, den geschlossenen Kampf auf der ganzen Linie.

Einen Tag vor der Wahl hat Stegerwald selbst das ganze Lügenmanöver der SPD und Gewerkschaftsführung enthüllt. Die jetzige Regierung wird nach den Wahlen mit größter Brutalität gegen die Arbeiterklasse vorgehen. Jede weitere Tolerierung dieser Regierung, die Fortsetzung der verräterischen SPD-Politik im Reich wie in Preußen bedeutet weitere Verelendung, weiteren Lohnraub, weiteren Abbau der Sozialunterstützungen für die Arbeiterklasse. Daraus muß die Arbeiterschaft die notwendigen Konsequenzen ziehen. Deshalb neben dem schärfsten Kampf gegen die Faschisten keine Stimme den sogenannten republikanischen Parteien, keine Arbeiterstimme der SPD.

Daß die SPD ihre schmachvolle Tolerierungspolitik auch jetzt noch fortsetzen will, zeigt der „Vorwärts“ in seiner gestrigen Abendausgabe selbst an. Statt aus dieser Kampfansage Stegerwalds endlich die Konsequenzen zu ziehen, leistet sich das SPD-Zentralorgan zu den Auslassungen Stegerwalds folgendes:

„So geht das nicht! Und wenn Herr Stegerwald nicht weiß, was er redet und nicht mehr weiß, was er tut, dann wird es höchste Zeit, daß der Reichskanzler persönliche Rücksichten fallen läßt. Hier muß es nun aber wirklich Schluß sein mit der Katastrophpolitik!“

Also Brüning, der vom „Vorwärts“ offenbar als Arbeiterfreund angesehen wird, soll Stegerwald entlassen! Es gibt wirklich keinen Unsinn, den der „Vorwärts“ zur Verdeckung der Feigheit der SPD nicht verzapft. Jeder Arbeiter weiß, daß Brüning, Stegerwald, und wie die Herren alle heißen, gleich schlimme Arbeiterfeinde sind, daß Stegerwald sehr wohl weiß, was er redet. Die ganze Regierung Brüning will neuen Lohnraub. Wer sie, wie das die SPD macht, weiter toleriert, ist ebenfalls Lohnräuber und ein Verräter am Proletariat.



allgemeine Lohnsenkung nicht tragbar sei“, gebraucht. Dann aber sagt Stegerwald:

In einer Reihe von Fällen müssen die Tariflöhne nachgeprüft werden und in einzelnen Werken oder Arbeitergruppen besonders in den für den Innenmarkt arbeitenden Industrien gekürzt werden. Eine Notverordnung, durch die etwa die Löhne allgemein festgehalten werden, lehne er ab. Wo Herabsetzungen notwendig sind, müssen sie jetzt in vollem Umfange geschehen, um das Lohnniveau endlich zur Ruhe zu bringen.

Bei den Manteltarifen, die die allgemeinen Arbeitsbedingungen festlegen, sollen wesentliche Änderungen nicht vorgenommen werden, doch die Entlohnung des Urlaubs muß mit Rücksicht auf die allgemeine Kurzarbeit herabgesetzt werden. Die Manteltarife sollen im allgemeinen auf ein weiteres Jahr festgelegt werden, während die Termine für die Schiedssprüche über Lohn- und Gehaltsabkommen nicht über den Herbst dieses Jahres festgelegt werden sollen.

Was hier Stegerwald ausspricht, ist gleichzeitig als Anweisung an die Schlich-

Kreuger und die andern

Von Eduard Weckerle

Selten ist der Ruhmeskranz eines Menschen so schnell und so gründlich zerzaust worden wie im Falle Ivar Kreugers. Die in den schwedischen Bankgewölben aufgefundenen Dokumente vertragen sich freilich allzu schlecht mit den hohen Ehrungen und Auszeichnungen, mit denen die kapitalistische Welt ihn noch im Tode verschwenderisch umgab. Sie machten es klar, daß dieser sprechwürdige König des Zündholzes, dieser Heros der kapitalistischen Wirtschaft, in Wirklichkeit nur ein König der Betrüger war. Es ist nichts mit den bereits geschriebenen goldenen Seiten, die man im Begriffe stand, in das Geschichtsbuch einzutragen, das künftigen Generationen vom Leben und Wirken der großen Förderer des Fortschritts, dem ebenso kühnen wie selbstlosen Pionier berichten soll. „Schwedens größter Sohn“ war zugleich Schwedens größter Schimpf, sein erfolgreichster industrieller Bahnbrecher zugleich der gewaltigste Zerstörer seiner Wirtschaft. Nur als Fälscher und Schwindler ist Ivar Kreuger unsterblich.

Das ist nun freilich auch Ivar Kreugers persönliche Tragödie. Berauscht von den Erfolgen, mit denen ihn eine seinen Finanzoperationen günstige Zeit überhäufte, und umstrahlt von der Bewunderung aller seiner Zeitgenossen, blieben ihm die tieferen Zusammenhänge, die allein sein Glück ausmachten, verborgen. Er sah nicht, daß dieselben Kräfte, die ihn in die Höhe getragen hatten, ihn eines Tages wieder in die Tiefe reißen müßten, und als die ersten Schwierigkeiten sich einstellten, trotzte er, seiner glückhaften Hand vertrauend, dem Schicksal. Die gewagten Manipulationen, deren er sich hierbei bediente, sind inzwischen bekannt geworden. Mit Abscheu wendet sich die kapitalistische Welt von diesen ab und bezeichnet sie als gemeine Verbrechen. Aber nicht sie wurden Kreuger eigentlich zum Verhängnis, sondern nur die Tiefe und die Dauer der Krise. Denn hätte es sich um eine der üblichen rasch vergänglichen Depressionen im Flusse der kapitalistischen Bewegung gehandelt, — die Öffentlichkeit hätte von ihnen entweder kaum erfahren oder sich doch bestimmt nicht weiter darum gekümmert. Nur die Tatsache, daß auch diese verbrecherischen Manipulationen Kreugers Zusammenbruch nicht aufzuhalten vermochten, läßt den noch vor kurzem bewunderten Schweden als einen verdammenswerten, gemeinen Gauner erscheinen. Die kapitalistische Welt ist über Kreuger entsetzt nicht wegen der Tat, sondern nur wegen des Mißerfolges. Ein anderer Ablauf der Entwicklung, eine bessere Wirkung der Gaunerrollen und Kreuger erfreute sich nach wie vor seines unbestrittenen kaufmännischen Königtums. So schmal ist in dieser Welt der Grat, auf dem Held und Verbrecher sich bewegen, so willkürlich das Urteil der Geschichte, das über ewige Bewunderung oder ewige Verdammnis entscheidet!

Es genügt, den Finger auf diese Dinge zu legen, um sofort zu erkennen, daß es mit der jetzigen Verurteilung Ivar Kreugers sein Bewenden unmöglich haben kann. Hier ist nicht mehr nur eine Person angeklagt, sondern hier steht die ganze gegenwärtige Gesellschaftsordnung unter Anklage. Die Mittel, zu denen Ivar Kreuger griff, um eine Katastrophe abzuwenden, sind fast durchweg üblich. Dafür sind Beweise genug all die Finanz- und Industrieskandale, mit denen wie jede der früheren, so auch die gegenwärtige Krise in Hülle und Fülle aufwartet. Der Fall der Frankfurter Versicherungsgesellschaft, die Affäre Oustric, der Zusammenbruch der Oesterreichischen Kreditanstalt, der Fall Hatry und des Lord Kylsant in England, und natürlich nicht zu vergessen die Spekulationen eines Riccardo Guaglio in Italien, der Lahusen in Bremen oder eines Alfred Löwenstein in Brüssel — sie alle haben als gemeinsames Merkmal dieselben Schiebungen und Schwindeleien, wie sie jetzt im Falle Kreugers offenkundig werden. Soweit dessen Manipulationen diejenigen der vor ihm entlarvten Schwindler übertreffen, so ist dies lediglich bedingt durch die ungleich größeren Summen, mit denen ein Kreuger operierte. Denn wie im Falle Kreugers wäre es auch in all den andern aufgezahlten und nicht aufgezahlten Fällen, die kriminellen Vergehen allein aus der Krise heraus zu erklären und sich etwa mit der Vorstellung zu trösten, daß eine den kapitalistischen Erfolgen günstigere Zeit derartige Betrügereien nicht kenne. Sie werden im Kapitalismus zu allen Zeiten begangen und soweit die Krise mit ihnen in einen Zusammenhang zu bringen ist, so nur, weil sie diese schonungslos enthüllt und sie an das Tageslicht zerrt.

Nichts verkehrter darum, als für das dem Kapitalismus zwangsläufig innewohnende Verbrecherische einige Personen verantwortlich zu machen. Nichts abwegiger darum, als der Versuch, der Menschheit Fluch auf einige Personen zu lenken und sich über sie zu entlasten. Das sind nur die zufällig Ertappten, deren Taten nicht mehr zu verheimlichen sind. Will man darum Sicherung gegen die Taten treffen, so wird man nicht vor dem System halt machen können, das sie notwendigerweise erzeugt. Das ist die einzige Konsequenz, die

Zum Schaden noch den Kohn

Die „Vossische Zeitung“, einer der Pioniere der Eisernen Front im Wald der Berliner Presse, gab dieser Tage den Preußenwahlen diese Bedeutung:

„Der Kampf gegen Hindenburg war der entscheidende Versuch der Gegenregierung, zur Macht zu kommen. Der Sieg Hindenburgs bedeutet die Aufforderung an die Staatsgewalt, ihre Autorität nach innen und außen energisch und eifersüchtig zu wahren.“

Verwandte Melodien erklingen auch aus der Presse der Sozialdemokratie, wenn auch der Hindenburg-Brief bereits eine etwas dämpfende Wirkung ausgeübt hat. Das hat nun die Berl. Börsenzeitung auf den Plan gerufen. Dieses Blatt, dessen Spalten den Blügeneren als Tribüne dienen, erblickt in derartiger Äußerung einen „Mißbrauch des Namens und erteilt der Tante Voss eine Lehre, in der Eindringlichkeit mit giftigem Hohne gepaart sind. Da sie nicht nur die „Voss. Ztg.“, sondern die gesamte „Eiserne

Front“ angehen und zugleich eine Rechtfertigung der Stellungnahme der SAP zur Reichspräsidentenwahl sind, geben wir diese Äußerungen hier wieder:

„Es handelt sich hier wieder einmal um einen ungewöhnlich dreisten Versuch der Linkspresse, politische Tatbestände zu fälschen und im Trüben zu fischen. Gewiß hat Hindenburg am 10. April gesiegt, aber, daß der Reichspräsident seitdem an die „Staatsgewalt“, worunter die „Vossische Zeitung“ offenbar sowohl die Regierung Brüning wie die Regierung Braun versteht, etwa die Aufforderung gerichtet haben sollte, „ihre Autorität eifrig zu wahren“, davon ist weder uns noch der übrigen deutschen Öffentlichkeit auch nur das geringste bekannt.“

Im Gegenteil, die einzige „Aufforderung“, die das wiedergewählte Staatsoberhaupt seit dem 10. April an eine Reichsstelle hat ergangen lassen, ist der bekannte Brief Hindenburgs an Groener, in dem das Verbot des Reichsbanners ganz unmißverständlich verlangt wird.

Vollends dürfte es der Reichspräsident aber mit Entschiedenheit ablehnen, als Wahlhelfer für das werbende Regime Braun-Severing in

Anspruch genommen zu werden. Und wenn die Linkspresse dem Reichspräsidenten heute vorrechnet, wie oft das Reichsbanner zu Wahlkundgebungen der Hindenburg-Ausschüsse vor dem 10. April den Saischutz gestellt habe, so ist demgegenüber zu erwidern,

daß der Reichspräsident, wenn er gefragt worden wäre, kaum auf diese „uneigen-nützigen“ Dienstleistungen besonderen Wert gelegt haben würde.

Es ist auch keineswegs etwa so, daß Hindenburg für das System kandidiert hätte, sondern das System hat seine Kandidatur nur benutzen wollen, um sich an der Macht zu halten. Wenn dieses unehrliche Manöver nun an der Lauterkeit, Gradheit und Ueberparteilichkeit des Reichspräsidenten zu scheitern droht, so haben die Vertreter des Systems am allerwenigsten Anlaß darüber zu zögern, denn schließlich waren es gerade sie, die vor dem 10. April landauf landab nicht genug schreien konnten, daß man „einen Mann und keine Partei“ wählen müsse. Nun, da Hindenburg gewählt ist, versucht man, ihn und den Willen derjenigen seiner Wähler, die tatsächlich nur dem „Manne“ ihre Stimmen gaben, in unfairer Weise zu mißbrauchen, versucht man, aus seiner Wiederwahl eine neue Aktivlegitimation für die Regierung Brüning, und gar auch noch — das ist der Gipfel der Dreistigkeit! — für das schwarz-rote Preußenkabinett herauszukonstruieren. Höher geht's nimmer!“

Ob diese bittere Lektion hilft?

Kundgebung Hindenburgs zur Preußenwahl?

Wie uns aus einer ganz besonderen Quelle soeben mitgeteilt wird, nimmt man in der Umgebung des Reichspräsidenten an, daß dieser unmittelbar vor dem Wahltage, also am 23. April, eine Kundgebung zur Preußenwahl erlassen wird. Es wird dabei an ähnliche, überraschend losgelassene, aber in Wahrheit sorgfältig vorbereitete politische Manifeste des Herrn von Hindenburg erinnert, besonders an das vor dem Volksentscheid über die Fürstenentelgung, in dem er für die volle Ueberlassung des Thronbesitzes als Privateigentum der ehemals regierenden Familien als „sittliche Forderung“ eintrat. In einem alsbald veröffentlichten Briefe bezeichnete er den Wunsch des deutschen Volkes nach Abschüttelung der fürstlichen Blutsauger als „grobsten Verstoß gegen Recht und Moral“.

Wie damals, soll auch die jetzige Kundgebung ganz unverhohlen für den Kandidaten der nationalen Rechten eintreten und in Form einer Anspielung, die die Nationalsozialisten für legal-regierungsfähig erklärt, die Form eines Briefes an einen Freund des Reichspräsidenten gegeben werden. Während aber der damalige Brief in Zusammenarbeit der Umgebung des Herrn von Hindenburg mit dem damaligen Reichskanzler, Herrn Marx, entstanden war, soll es sich nach unserer Quelle diesmal lediglich um eine politische Unternehmung des Reichspräsidenten-Palais handeln, von deren Bevorzugen das Reichskabinett, d. h. die Herren Brüning und Groener, nicht unterrichtet seien.

Das ist Hindenburg!

Herr von Hindenburg hat es abgelehnt, die Vertreter des Pen-Klubs und der Deutschen Liga für Menschenrechte, die beide vorstellig werden wollten, um ihm die Begnadigung des Herausgebers der „Weltbühne“, Herrn von Ossietzki, oder wenigstens die Umwandlung der 1½-jährigen Gefängnisstrafe in Festungshaft empfehlen wollten, überhaupt zu empfangen.

Reichsbannerentscheidung nach den Wahlen

In der Presse ist behauptet worden, daß am kommenden Montag nach der Rückkehr des Reichsinnenministers Groener aus Süddeutschland eine Kabinettsitzung über die Reichsbannerangelegenheit stattfinden werde. Von zuständiger Stelle wird dazu mitgeteilt, daß für Montag keine Kabinettsitzung festgesetzt worden ist. Minister Groener wird voraussichtlich nach seiner Rückkehr dem Reichspräsidenten Vortrag halten. Die Entscheidung fällt jedoch erst nach der Rückkehr des Reichskanzlers nach Berlin in der zweiten Hälfte der nächsten Woche.

Angeblicher kommunistischer Sprengstoffdiebstahl

Köln, 22. April 1932

Nach längeren Beobachtungen wurde am Donnerstag ein Anhänger der Kommunistischen Partei festgenommen, der angeblich geständig ist, im Januar dieses Jahres in einer Sprengstoff-Fabrik in Troisdorf durch Einbruch 7400 Sprengkapseln gestohlen zu haben. Unter den weiter festgenommenen Personen befindet sich auch der Leiter des Bezirks Mittelrhein der KPD wegen dringenden Verdachts der Mittäterschaft an Sprengstoffverbrechen.

Leichenschändung der KPD-Führung

Zum Tode unseres Genossen Felix Schmidt

Mit den Mitteln tausender revolutionärer Arbeiter wurde vor Jahren auf dem Friedhof Berlin-Friedrichsfelde eine Begräbnisstätte für Vorkämpfer des revolutionären Proletariats geschaffen. Dort sind auch Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht beerdigt. Unzählige Genossen, die seinerzeit an der Schaffung dieser Begräbnisstätte mitwirkten, wurden seitdem aus der KPD ausgeschlossen, weil sie im Sinne von Karl und Rosa weiterkämpften. Der Ort in Friedrichsfelde ist daher Gemeingut der ganzen revolutionären Arbeiterbewegung bis zu ihrem Tode in vorderster Front standen und dazu aktive Mitkämpfer von Rosa und Karl waren, an ihrer Seite in Friedrichsfelde beerdigt werden. Dementsprechend hat auch der Parteivorstand der SAP an das Zentralkomitee der KPD folgendes Schreiben gerichtet:

„Werte Genossen! Wie Euch aus der Presse wohl bekannt ist, starb gestern unser Genosse Felix Schmidt. Die Bestattung findet nach Erledigung der Formalitäten Dienstag, spätestens Mittwoch, statt.“

Wir wenden uns an Euch mit dem Ersuchen, eure Zustimmung dazu zu geben, daß Genosse Schmidt auf dem Friedhof Friedrichsfelde auf dem Platz der Revolutionären-Gräber beigelegt wird.

Genosse Schmidt, der seit Jahrzehnten in den Reihen des revolutionären Proletariats gekämpft hat, der Mitglied des Spartakusbundes, Mitglied der Zentrale der KPD war, ein treuer, erprobter Revolutionär, soll die letzte Stätte an der Seite seiner Kampfgenossen finden.

Wir erwarten von Euch einen umgehenden telephonischen zustimmenden Bescheid und bitten, einen Genossen zu benennen, mit dem wir die nötigen Formalitäten besprechen können.“

sich aus dem Falle Kreuger wieder ergibt. Nichts fürchtet die Kapitalistenklasse aber im Augenblick mehr als dies. Ihre Herrschaft ist ohnehin im Zug der Krise aufs heftigste erschüttert worden. Die Menschheit erfährt täglich an ihrem eigenen Leib die ganzen fürchterlichen Mängel der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Diese ist schon heute weitgehend organisatorisch diskreditiert und fügt sich hierzu noch die moralische Diskreditierung, dann kann der Tag nicht mehr fern liegen, wo die Massen als die Opfer dieses Systems eine Aenderung erzwingen. Eben dies gilt es für die Kapitalistenklasse heute mit allen Kräften zu verhindern. Darum brechen ihre Verfechter jeweils ebenso unbedenklich wie nachdrücklich den Stab über jeden, der neuen Stoff für die moralische Diskreditierung des Kapitalismus liefert, und handle es sich, wie im Falle Kreuger, sogar um einen, vor dem die Vertreter der gesamten kapitalistischen Wissenschaft gestern noch auf dem Bauche rutschten. Dieselben Federn, die Kreuger gestern noch priesen, geben ihn heute ebenso beflissen der Verachtung preis in der Hoffnung, hierdurch wenigstens die Achtung vor dem Kapitalismus und damit diesen selber retten zu können.

So und nur so ist die Lust der kapitalistischen Presse an der Enthüllung Kreugers zu verstehen. Je stärker der Strich diesem Ertappten gegenüber gezogen wird, als desto reinere Kapitalisten erscheinen in den Augen

der Öffentlichkeit diejenigen, die die Pfeile auf den früheren Zündholzkönig abschießen oder für die sie abgeschossen werden. Die moralische Entrüstung über Personen wird bewußt verwandt, um die moralische Diskreditierung des Systems aufzuhalten. Ein verborgenes Beginnen! Die Öffentlichkeit hat nicht vergessen, daß die kapitalistische Presse solange zu Kreugers Aktionen schwieg, als sich dieser auf der Bahn des Erfolges bewegte. Sie war ohne Ausnahme — oder doch nur insoweit als Konkurrenzneid dies diktierte — die direkt oder indirekt bezahlte Marktschreierin des schweigsamen Spekulanten. Kreuger hätte unmöglich der große Schwindler werden können, wenn er nicht des Beistandes all derjenigen sicher gewesen wäre, die heute von ihm abrücken. Aber während Kreuger wenigstens den Mut aufbrachte, sich selber zu richten, ist die kapitalistische Presse erbärmlich und niederträchtig genug, der Öffentlichkeit ihre Schuldlosigkeit vorzutauschen, indem sie alle Schuld auf Kreuger häuft. Wer ist da der größere Betrüger? Zweifellos die Ueberlebenden, die Betrüger ehren und sich von ihnen kaufen lassen, solange sie erfolgreich sind, und die ein System verteidigen, das dem Reichtum eine Macht über Menschen und Völker gibt. Dieses System ist der Kapitalismus. Ihm, nicht einzelnen Personen gilt der Kampf. Gegen ihn gilt es auch zum 24. April die Massen zu mobilisieren.

Das „Kampfsignal“

erscheint das nächste Mal anstatt am Donnerstag, bereits

am Dienstag, dem 26. April.

Für die Berliner Kolporteurs ist es am Montag, den 25. April nachmittags ab 5 Uhr zur Abholung fertig.

Die nationalistische SPD

Der Klassenverrat der sozialdemokratischen Führung während des Krieges von Otto Jacobson

3
Fortsetzung und Schluß.

Ernst Heilmann,
der gegenwärtige Chef der preußischen sozialdemokratischen Landtagsfraktion am 2. Juli in der „Chemnitzer Volksstimme“:

„Ein Verteidigungskrieg wird dadurch noch lange nicht zu einem Eroberungskrieg, daß man am Ende Sieger bleibt und etwas gewinnt... Den Banditen einen Freibrief ausstellen, daß sie uns an die Gurgel springen können, so oft sie es wollen, ohne befürchten zu müssen, daß sie dabei etwas verlieren, wäre nicht in der Politik, sondern selbstmörderischer Wahnsinn. Wir haben im Gegenteil schon jetzt unseren Feinden zu sagen, daß ihr Spiel verloren ist, und daß jeder Tag, den sie länger zögern, über sie aufgehen, ihnen teuer zu stehen kommen wird.“

Das ist die Sprache der Alldutschen im sozialdemokratischen Oberstufen und diese glaubten nach dem Zusammenbruch bessere Friedensbedingungen herauszuwirtschaften zu können. Die Doppelmöglichkeit in der Haltung der sozialdemokratischen Wortführer während des Krieges zur Friedensfrage erfährt nicht selten in zynischen Formulierungen seinen Ausdruck, so wenn der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Leinert seinen Kollegen erklärt:

„Gewiß sind wirtschaftliche Angliederungen auch Annexionen, aber was steht denn in unserem Parteiprogramm, daß man nicht anneklieren dürfe?“

Noch ein Dokument, in welchem Annexionsgelüste sozialdemokratischer Art zum Ausdruck kommen, und zwar ohne jede ideologische Verhüllung:

„Auch die deutsche Sozialdemokratie muß sich mit der Tatsache abfinden, daß wir Sicherheit brauchen. Sie kann die Kriegsziele des Kanzlers nicht einfach ablehnen mit dem Schlagwort: „keinerlei Annexionen“. Genosse Ebert vertrat deshalb auch durchaus richtig, daß wir zwar gegen die Vergewaltigung anderer Völker seien, er wandte sich aber nicht gegen die Angliederung deutschen Kolonisationslandes im Osten.“

In immer erneuter Aufmachung versuchen die Schippel, Wolf, Heine, Lensch, Landsberg, Dr. David, Südekum und viele andere und vor allem die rechtssozialistischen Zeitungen und Zeitschriften den

*) „Die Kriegsschuld der Rechtssozialisten“ S. 42.

Gewaltsame Lösungen

Leipzig, 22. April 1932

Am Donnerstag vormittag wurde in Oberholz die 22jährige Laborantin Agnes Clara Thomas aus Leipzig mit Schußwunden in der Schläfengegend tot aufgefunden. Die Tat ist offenbar von ihrem Liebhaber, dem Fahrradhändler Alfred Zetzsch, ausgeführt worden, der sich nach der Tat ebenfalls erschoss. Aus einem an die Eltern gerichteten Brief geht hervor, daß sie gemeinsam aus dem Leben scheiden wollten, weil sich ihrem Verhältnis Schwierigkeiten entgegenstellten.

Bergedorf, 22. April 1932

Zu Beginn dieser Woche hatte ein hiesiger Arbeiter im Alter von 28 Jahren aus Wirtschaftsnot Selbstmord begangen. Am Tage nach seiner Beerdigung erhängte sich sein Bruder. Auch hier dürfte das Motiv in Nahrungssorgen zu suchen sein. Diesen schweren Schicksalsschlag nahm sich ein dritter Sohn der Familie so sehr zu Herzen, daß er sich jetzt mit Leuchtgas vergiftete.

Krotoschin, 22. April 1932

Am Mittwoch abend ereignete sich hier ein blutiges Drama. Der Inhaber einer Radio-gerätehandlung kam mit dem Besitzer einer Kaffeebrennerei in einen heftigen Wortwechsel, in dessen Verlauf der erstere den Brennereibesitzer durch mehrere Schüsse schwer verletzte. Darauf begab sich der Täter in seine Wohnung, tötete seine Frau und sein Kind und schoß sich eine Kugel in den Kopf. Der Besitzer der Kaffeebrennerei, ebenso der Mörder, sind im Laufe der Nacht gestorben. Der Grund zur Tat ist unbekannt.

Arbeitern klar zu machen und nahe zu bringen, daß ihr wirtschaftliches Wohlergehen künftig abhängig sei vom Wohlergehen der nationalen Volkswirtschaft, die sich nur entwickeln könne bei großer Bewegungsfreiheit. Die Gewerkschaften können nur dann... so wurde festgestellt... Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Interesse der Arbeiterklasse günstig beeinflussen, wenn „Hämele und Wandel blühe“. Das Schicksal der Arbeiterklasse sei gebunden an das Schicksal, den Weggang, der Entwicklung der Nation... dadurch sei eben, da Macht der gestaltende Faktor... die Arbeiterklasse unterliegt an der Geltung der Weltgemeinschaft. Daher das Interesse der Arbeiterklasse mit dem nationalen Kapitalismus und den anderen Klassen, die der Nation

drohenden Gefahren abzuwehren. Diese nationalistiche und chauvinistische Einstellung der Führung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften läßt es verständlich erscheinen, daß die Friedenspolitik der Sozialdemokratie eine schwache und zweideutige sein mußte und die Verantwortung vor sozialistischen Idealen und Grundsätzen immer mehr schwinden mußte. Man begnügte sich während des Krieges damit, sozialistische Tendenzen zu entlocken und zu feiern... so wurde die aus Kriegsschuldlichen Gründen erfolgte

„Rationierung“ der Lebensmittel und Bekleidung als „Kriegs- und Staatssozialismus“ bezeichnet und bejaht, obgleich die Bezeich-

nung „Sozialismus der Not der unteren Klassen und Chargen“ richtig gewesen wäre. Ebenso bezeichnend für die Sozialdemokratie während des Krieges... als Gefangene der Burgfriedenspolitik... ist ihre außerordentliche Schwäche, mit den Klassenforderungen der Arbeiterklasse, wie etwa die der Aufhebung des Klassenwahlrechts in Preußen vertrat. Die Entwicklung der Wahlrechtskampfe während des Krieges... vor allem im Preußensparlament... sind ein Beweis dafür, wie die Konservativen, die herrschenden Klassen überhaupt, die von den Sozialdemokraten ehelich befolgte Burgfriedenspolitik dazu ausnutzten, ihren Klassenstandpunkt nahe zu verteidigen und in keiner Weise gewillt waren, ihr Klasseninteresse aufzugeben.

Deckeneinsturz im Justizpalast

Paris, 22. April 1932

Ein schweres Einsturzungsglück ereignete sich am Donnerstag vormittag während einer Gerichtsverhandlung im Justizgebäude von Bastia (Korsika) im Großen Sitzungssaal, in dem etwa 50 Personen versammelt waren. Plötzlich stürzte die Decke ein und begrub alle Anwesenden unter den Trümmern. Feuerwehr und Militär konnten bis zum Mittag fünf Leichen bergen. Eine ganze Reihe Schwerverletzter mußte ins Krankenhaus überführt werden.

Unter den Toten befinden sich zwei Rechtsanwälte und ein Bataillonsführer der Kolonialinfanterie, der den Verhandlungen als Zuhörer beiwohnte. Unter den Schwerverletzten befindet sich außer den beiden Bürgermeistern von Bastia auch der Angeklagte, der sich wegen Hehlerei in der Angelegenheit der korsischen Banditen zu verantworten hatte. Er erlitt einen schweren Schädelbruch und mußte in hoffnungslosem Zustand ins Krankenhaus überführt werden.

Wie verlautet, sollte das Justizgebäude bereits vor mehreren Jahren einmal einer gründlichen Renovierung unterzogen werden. Da das Gebäude bereits 1858 errichtet wurde, hatten sich hier und da schon seit langem bauliche Stellen gezeigt, deren Ausbesserung in Anbetracht der Wirtschaftskrise aber immer wieder verschoben wurde.

vision hat nunmehr zu der Entdeckung geführt, daß in der Effektivabteilung und in der Giroabteilung Verfehlungen in großem Umfange vorgekommen sind. Der größte Teil dieser Veruntreinungen ist auf Kreditgebungen zurückzuführen, die unerlaubt erfolgt sind. Es erwachsen aus diesen Unterschlagungen und unerlaubten Geschäften der Giroabteilung, so wie der anderen Beamten der Sparkasse Verluste in Höhe von insgesamt 684.000 Mark. Die Verluste können aber in vollem Umfange aus den vorhandenen stillen Reserven gedeckt werden. Zwei der Verhafteten haben bei der Staatsanwaltschaft Haftbeschwerde eingelegt, die jedoch bereits verworfen worden ist.

Todesurteil bestätigt

Leipzig, 22. April 1932

Der zweite Strafsenat des Reichsgerichts hat unter dem Vorsitz des Reichsgerichtsrats Niethammer die Revision des Händlers Johannes Kabelitz gegen das Urteil des Schwurgerichts Potsdam vom 9. Dezember 1931, durch das Kabelitz wegen Mordes zum Tode verurteilt worden ist, verworfen. Das Todesurteil ist damit rechtskräftig geworden. Es handelt sich um den Baubmord, der von Kabelitz am 24. Januar letzten Jahres an dem Kraftwagenführer Ponick bei Ferch begangen worden ist.

Eisenbahnunglück in Paris

Paris, 22. April 1932

Auf einem Vorortbahnhof von Paris ereignete sich in den Abendstunden des Donnerstags ein Eisenbahnunfall, bei dem 23 Personen mehr oder weniger schwer verletzt wurden. Fünf von ihnen schweben in Lebensgefahr. Ein elektrischer Vorortzug mußte auf einem kleinen Bahnhof halt machen. Der Zugführer des darauf folgenden Zuges merkte erst zu spät, daß die Durchfahrt versperrt war, und fuhr mit ziemlicher Geschwindigkeit auf den haltenden Zug auf. Der erste Wagen des auffahrenden Zuges schob sich fast auf das Dach des haltenden Zuges und wurde stark beschädigt. Auch die nachfolgenden Wagen erlitten schwere Beschädigungen. Die Reisenden wurden meist durch Glassplitter und Quetschungen verletzt.

kasse in Bremen drei weitere leitende Beamte der Sparkasse, die teilweise schon 25 bis 30 Jahre dort Dienst tun, in Haft genommen worden. Es handelt sich um den Leiter der Giroabteilung, Mönkemeyer, und zwei weitere leitende Beamte, H. Wolf und J. Behrens. Die bereits seit einigen Wochen bei der Sparkasse durchgeführte Re-

Leser werbt für die SAZ



Die bürgerliche Korrespondenz, die uns dieses Bild übermittelte, schreibt dazu: „Auch in den Vereinigten Staaten hat die zunehmende Wirtschaftsnot zu einer immer gefährlicheren Radikalisierung der Massen geführt. Straßenschlachten mit zahlreichen Verwundeten sind heute an der Tagesordnung, während sie noch vor einem Jahre von der amerikanischen Presse als unmöglich in dem Lande der Prosperität bezeichnet wurden.“

Der Kapitalismus, gleich welcher Nationalität er ist, sieht überall nur ein Mittel gegen den Hunger: Gummiknüppel. Das ist in Deutschland so wie in Amerika. Wer es anders haben will, wählt am Sonntag in Preußen

6000 Häuser unter Wasser

Belgrad, 22. April 1932

Wie der Sonderberichterstatter der „Prawda“ berichtet, ist die Save am Donnerstag erneut gestiegen, so daß keine Aussicht auf ein baldiges Abfließen des Hochwassers besteht. Im Mittellauf des Flusses stehen 5987 Häuser unter Wasser, von denen 600 bereits vollständig eingestürzt und ungefähr 2000 schwer beschädigt sind.

1300 Häuser in Japan in Asche gelegt

Tokio, 22. April 1932

Durch ein Großfeuer wurden in Omija 1300 Häuser in Schutt und Asche gelegt. Viele Menschen verbrannten, und zahlreiche Personen wurden verletzt. Der Schaden wird auf etwa sechs Millionen Mark beziffert.

Riesenunterschlagung in Bremen

Bremen, 22. April 1932.

Im Zusammenhang mit der kürzlich erfolgten Verhaftung eines der Unterschlagung beschuldigten Kassierers sind bei der Spar-

Wie klagen die SPD an!

Forderungen, die nie erfüllt wurden

Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg wurden in der SPD als politische Abenteurer verächtlich, weil sie der Jugend den revolutionären Weg zeigten, der aus dem kapitalistischen Ausbeutensystem zum sozialistischen System führt. Ihr Appell zum revolutionären Kampf sei ein Verbrechen an den Idealen der Arbeiterjugend! Es sei eine Utopie, ein Weg in den Untergang und völlig unjüngendlich! So und ähnlich polemisierte man gegen unsere wahren Vorkämpfer des Sozialismus. — Demgegenüber stellten sie die angeblich wirkliche ideale Jugendlichkeit in der SAJ und stellten „reale“ Forderungen in Parlamenten und Tagungen auf, die die „Wahrscheinlichkeit der Annahme“ voraus hatten.

Wie sieht es damit nun wirklich aus? — Anlässlich der kommenden Proußenwahl, Bayern-, Württemberg-, Hamburg- und Anhaltwahl ist es angebracht, einmal zu erinnern, was für Gedanken die SPD bei der letzten Reichstagswahl aussprach, um die wählbare Jugend unter ihre Fahne zu bringen. Wir werden einige Tatsachen aufstellen und daraus folgern, wer eigentlich die politischen Abenteurer sind.

Unter dem Motto: „Was die Jugend vom neuen Reichstag fordern kann“ hatte man zur damaligen Reichstagswahl eine ganze Seite im „Vorwärts“ geoptert.

1. Beim Vergleich mit dem kaiserlichen Militärstaat sprach man klipp und klar folgenden Satz aus: „Die verführte Jugend aber muß sich darüber im klaren sein, daß es nicht möglich ist, durch militärischen Drill eine zusammengebrochene Wirtschaft aufzubauen“. Demgegenüber steht die Tatsache, daß sich der Reichsausschuß der Sozialistischen Arbeiterjugend für den freiwilligen Arbeitsdienst ausgesprochen hat, welcher nur als Wegbereiter einer allgemeinen Arbeitsdienstpflicht und Militarisierung der Jugend angesehen werden kann. (Vergleiche hierzu den Artikel vom Gen. Bobzien „Verrat an der Arbeiterjugend“ in der „SAJ“ vom 31. März 1932.)

2. Man verlangte, daß die Jugend hinter folgender sozialdemokratischer Forderung stehe: „Grundsätzliche Ausdeh-

nung der Schutzbestimmungen für die Lehrlinge und jugendliche Arbeiter und Angestellten auf das Alter vom 14. bis zum 18. Lebensjahr“. Damit wäre ohne weiteres die Jugend einverstanden, doch nichts ist in dieser Hinsicht geschehen. Dagegen ist mit Zustimmung (Tolerierung) der SPD den von der Arbeitslosigkeit besonders schwer betroffenen Jugendlichen die Erwerbslosenunterstützung völlig geraubt worden.

3. Auch dies hier ist nur eine leere Forderung: „Pentastzung einer Arbeitswoche von höchstens 48 Stunden (einschließlich des Fachunterrichtes und der Zeit, die für die Aufklärungsbearbeitung beansprucht werden könnte)“. Die sozialdemokratische Abgeordnete Frau Kirchmann-Köhl hat selbst im Preussischen Landtag erklärt: „Zur Kennzeichnung dieses Systems nur die Tatsache, daß in der Provinz Hannover in fast sämtlichen Fürsorgeanstalten die zehntün-

dige Arbeitszeit gilt, Fortbildungsunterricht nicht eingerechnet, und daß in der Hälfte der Anstalten Schweigegebot gilt bei der Arbeit und sogar während des Essens.“ Das wäre pro Woche eine 60—65stündige Arbeitszeit, die die Fürsorgezöglinge leisten müßten, die durch das bürgerliche unfähige System der Menschenbildung hinein in die Anstalten gekommen sind. Das unter dem Regime Braun-Severing! Und wenn diese Zöglinge rebellieren, dann spricht man im „Vorwärts“ von kommunistischer Verhetzung.

Die wahlberechtigte Jugend will und muß zum Ausdruck bringen, daß alle soziale Flickarbeit unter diesem System Papierarbeit ist. Der wirklichen sozialen Aufbauarbeit wird erst mit dem Sturz des kapitalistischen Systems der Weg freigelegt. Deshalb müssen die Jungwähler den Führern der proletarischen Jugend und der proletarischen Revolution ihre Stimme bei den kommenden Landtagswahlen geben — und diese verantwortungsbewußten Führer stehen in der Sozialistischen Arbeiter-Partei. Die Liste der SAP wird gewählt und keine andere — oder du bist mitverantwortlich an der Niederhaltung der arbeitenden und erwerbslosen Jugend!

Werner Juter.

Der KJVD versagt!

Auseinandersetzung mit der KJ in Dresden

Das Vordringen des SJV bereitet der KJV-Leitung wachsende Besorgnis. Der Vorschlag des SJV Unterbezirk Dresden, zum Vorabend des 1. Mai eine gemeinsame Jugenddemonstration zu veranstalten, wurde durch einen offenen Brief der Bezirksleitung des KJV abgelehnt. Diese Ablehnung wurde für den SJV Dresden der Anlaß, in einer öffentlichen Jugendversammlung das Verhältnis KJV—SJV zur Debatte zu stellen.

Die Versammlung wurde zur größten öffentlichen Jugendversammlung, die Dresden in den letzten Monaten gesehen hat. Thema: „KJ greift an, SJV antwortet.“ Genosse Kurt Liebermann als Referent konnte nachweisen, daß der Vorwurf, der SJV halte die Entwicklung zum KJV auf, nur beweist, daß der KJV jene Anziehungskraft nicht besitzt. Die Gründung des SJV zeigte deutlich, daß die Lösung der Jungarbeiter vom Reformismus nicht erfolgte durch den revolutionären Einfluß der kommunistischen Jugend, sondern das Ergebnis eigener Entscheidung und innerer Klärung war. Die Entwicklung zum SJV vollzog sich sogar bei erschreckender Unkenntnis der tatsächlichen Vorgänge seitens der KJ. Und die Ablehnung einer gemeinsamen Vorabend-Demonstration durch die Bezirksleitung des KJV mit der Behauptung, es handle sich bei dem SJV-Vorschlag nur um ein Manöver der SJV-Leitung (Liebermann und Konsorten“), übersieht vollständig, daß die SJV-Leitung und SJV-Mitgliedschaft ein lebendiges Ganzes sind. Der Wunsch, eine einheitliche Jugendkundgebung zu machen, war von der Mitgliedschaft gekommen.

Die Barriere gegen den KJV stellt der KJV selber dar! Das Hauptargument: SJV und SAP wären linke Agenten der sozialfaschistischen SAJ und SPD, wollte die Bezirksleitung der KJ beweisen mit Äußerungen

der Genossen Ziegler und Kreßmann, und glaubte, daraus schlussfolgern zu können, daß der SJV für das kleinere Übel und für die 2. Internationale sei. Aber der Schlag, mit dem man mächtig ausgeholt hatte, wurde ein Schlag ins eigene Gesicht, sind doch die Äußerungen der Genossen Ziegler und Kreßmann unbestreitbare nachliche Feststellungen, daß die Behauptung über die Verbindung des SJV zur 2. Internationale eine glatte Lüge ist.

Fragen wir, worin die Arbeit des KJV besteht, und prüfen wir daraufhin die „Jungo Garde“, so kommen wir zu der interessanten Feststellung, daß anscheinend die kommunistische Jugend sehr viele Gelegenheiten hat, die Führung bei Streiks der jungen Arbeiter zu übernehmen, denn fast jede Nummer berichtet von durchgeführten Streiks. In einem auffallenden Gegensatz befindet sich aber dazu dann eine kritische Feststellung der eigenen Leitung, daß der KJV nur einen ganz geringen Einfluß auf die Jungarbeiter hat, insbesondere auf in Großbetrieben Beschäftigte. Der junge Arbeiter, der an revolutionärer Mitarbeit interessiert ist, hegt also berechtigten Zweifel an der Arbeit des kommunistischen Jugendverbandes. Alle Voraussetzungen revolutionärer Jugendarbeit, wie intensive marxistische Schulungsarbeit, die lebendige Mitarbeit aller Jungproleten, fehlen im KJV.

Demgegenüber ist der SJV der heute wichtigste Ansatzpunkt für revolutionäre Jugendarbeit, er mobilisiert die jungen Arbeiter, und nichts beweist sicherer den Weg des SJV als seine Prinzipienklärung. Ohne Reformismus, ohne zentristische Eierschalen die revolutionäre Entscheidung des Jungproletariats!

Dem Redner des kommunistischen Jugendverbandes wurden 45 Minuten Redezeit zugestanden, aber er war unfähig, sich in dieser

Zeit wirklich mit dem SJV zu beschäftigen, sondern trug nur die alten Ladedhüter der KPD vor. Er lieferte den Beweis, daß dem KJV wirkliche Argumente über den SJV nicht zur Verfügung stehen.

Der SJV ist in Dresden die größte und bestimmende proletarische Jugendorganisation.

Er wird mit seiner weiteren Arbeit unter Beweis stellen, daß er auch die einzige Organisation ist, welche die proletarische Jugend zum Kampf mobilisiert. Der SJV führt nun ohne KJV in Dresden am Vorabend des 1. Mai eine Jugenddemonstration und Kundgebung durch. Kuli

Baut Rote Pionier-Gruppen

Die jüngste Truppe der Revolution

Unser Kampf braucht Klassenbewußte Menschen. Die junge Generation im Sinne des revolutionären Sozialismus zu erziehen, zu beeinflussen. Der gefährlichen Erziehung der Bourgeoisie durch Schule, Kirche und Kino unsere sozialistische Erziehungsarbeit entgegenzustellen, muß deshalb mit zu einer unserer wichtigsten Hauptaufgaben als Partei und Jugend gehören. Die Organisation von Kindergruppen muß daher so bald als möglich erfolgen. Da uns jedoch nur ein kleiner Kreis von Genossen, die für die Kindarbeit in Frage kommen, zur Verfügung steht, hat es keinen Sinn nun eine Reihe von Kindergruppen aufzumachen in denen wir alle Jahrgänge erfassen. Sondern uns kann es zunächst nur um die 10—14jährigen gehen. Die Arbeit in den Gruppen muß eine bewußt politische sein. Als Ausgangspunkt dient uns dabei immer die Welt, in der die Kinder selbst leben. Politische Ereignisse wie Streik, Aussperrung und Wahlkämpfe müssen uns in Gruppenabend zum Gesprächsstoff dienen. Zu Feiern, Feiern und Demonstrationen werden wir die Kindergruppen zur aktiven Mitarbeit heranziehen. Sie lernen vor allem dabei das Einordnen in die große Masse der Arbeiterbewegung, die proletarische Disziplin. Unsere Aufgabe können wir daher zusammenfassen in: Erziehung zur Solidarität, zur Aktivität, zur proletarischen Disziplin, zum Klassengefühl und zum kritischen Betrachten der Umwelt.

Die schwierigere Aufgabe ist nun die: Wie gewinnen wir die Kinder für diese rote Pionierarbeit? Wir müssen die Eltern bearbeiten, die mit uns politisch sympathisieren, und in zweiter Linie indifferente und unorganisierte Eltern aufsuchen. Hat man die Eltern gewonnen, muß nun alles aufgegeben werden, um ihre Kinder für uns zu gewinnen. Die SJV-Gruppe wird eine Fahrt ansetzen und die in Frage kommenden Jungen und Mädchen dazu einladen. Man veranstaltet einen Lichtbildervortrag, einen Lese- oder Liederabend. Hat man sich nun so langsam einen Kreis interessierter Kinder herangezogen, so kann man mit dem Aufbau der Gruppe und planmäßiger Erziehungsarbeit beginnen. Wie schon eingangs gesagt, ist es wichtig, wenn wir uns in erster Linie an die 10—14jährigen wenden. Wird diese „Rote Pionierarbeit“ in enger Verbindung mit dem SJV geleistet, kann der Erfolg nicht ausbleiben.

Schafft „Rote Pionier-Gruppen“ und wir sichern uns damit den Nachwuchs für den Sozialistischen Jugendverband!

Alfred Lautsch, Freital.

Rotes Osten

Im Osten flammt ein rotes Zeichen,
Der Westen ringt in Not und Nacht.
Die heilige Ordnung thront auf Leichen,
und hohle Götzen haben Macht.

Die Wirtschaft stürzt aus ihren Bahnen,
Die Narrheit baut ein „Drittes Reich“.
Im Osten glühen rote Fahnen,
Wann glühen sie auch über euch?

Menschen hungern, Räder rosten,
Das Alte stürzt im Chaos ein.
Verheißend flammt das Licht im Osten,
und einst wird rote Erde sein.

An Grenzen krachen schon Gewehre,
um Rußland schwelt ein Weltenbrand.
Doch hütet euch! Die roten Heere
stehn in euerm eignen Land!

Hans Jahn - Darmstadt.

TARASSOFF-RODIONOFF SCHOKOLADE

Noch dem russischen Original eingestrichelt und ohne Änderung des Rezeptes von Alexandra Ramon Copyright by Franz Pionier, Berlin Wilmersdorf

31. Fortsetzung.

„Du Lump, du gemeiner! Warum stehst du da wie ein Ochse und hilfst deinem Herrn nicht, wenn man ihn schlägt. Hil—fe!!!“ schrie er, sich windend vor Schmerz, wobei er jedoch Sudin mit beiden Fäusten einen solchen Schlag an den Hals versetzte, daß Sudin stolperte und mit dem Kopf in das Dickicht der Balgerei stürzte. Dann erinnerte sich Sudin nur noch an Schläge, unerwartete, schmerzliche, klatschende Schläge, die ihn von allen Seiten bedrohten in diesem Chaos von knirschenden Zähnen, Heulen und Keuchen. Es hieben alle und jeder den anderen, wie es sich traf. In dem Wunsch, sich aus diesem blutigen Brei zu befreien, sammelte Sudin alle seine jugendlichen Kräfte. Beißend und kratzend suchte er sich herauszuwinden. Von allen Seiten gepufft, gestoßen, gedquetscht, verlor jedoch Sudin bald das Bewußtsein, bis er sich in konvulsischer Anstrengung plötzlich befreite.

Einige Zähne waren ihm ausgeschlagen und hingen nur noch am Kiefer. Die Haare klebten voller Blut, das ihm Ohren und Wangen beschmierte. Er war wie zerschlagen, sein nackter Fuß schmerzte qualvoll, zertritten von einem nagelbeschlagenen Stiefel.

„Lebe ich? Und ist das alles kein Traum?“ dachte er halb ohnmächtig, während er an die steinerne Treppe seines Kellers herankroch. In der Mitte des Hofes wälzte sich immer noch ein Berg der um sich schlagenden Menschen.

Der dicke Nachbar, der Besitzer der Schokoladenfabrik, stand jedoch bereits an der Schwelle seiner Türe, und keuchend und pustend verband er den blutenden Arm. Sein Gegner stand abseits an seiner eigenen Türe und knüpfte die gerissenen Schnürsenkel zusammen. Ringsherum lagen hingeworfene Werkzeuge, Teile von Maschinen, verborgene Instrumente, und es brannten Kisten, aus denen zischend aufgelöste Schokolade rann; die heißen Flammen spielten an den Gestalten der Herumstehenden.

„Wer prügelt sich denn?!“ fragte verwundert Sudin sich selbst, als er seinen eigenen Herrn die Kellerstufen heraufkommen sah. Der warf Planscheiben, Patronen, Messer, Schmitzwerk auf den Hof, alles, was Sudin in seiner Kammer so behutsam aufbewahrt hatte. Die Weste des Herrn war zerschritten, ein Auge blau unterlaufen, ein Pantoffel fehlte, und die silberne Kette baumelte zerrissen an dem Knopfloch.

„Wohin, du Schwalmehund, Dreckbrut, du Verräter?!“ zischte er Sudin an. „Kehr um oder ich werd' dich erwürgen!“ Er warf eine Felle nach ihm. „Wirst du gehorchen?“

Sudin schwieg. Er begriff nichts. Wer prügelt sich dort? „Kriech weg, du Hund! Nimm den Hammer, und marsch zurück, sonst erschlage ich dich eigenhändig, du Teufel!“ Er zitterte vor Wut und verlor die Sachen.

„Richtig so, richtig,“ sagte leise der Lange Auch der Dicke sah interessiert zu.

Von alledem benebelt, stürzte Sudin die scharfen Stufen hinunter. Auf dem glatten Fußboden tastete er im Dunkeln, bis er den Hammer fand. Er griff hastig nach ihm und drückte ihn zwischen die Beine.

„Muß ich denn umkommen? Gibt es denn gar keine Rettung?“ dachte er, bemüht, sich nicht zu bewegen. Aber jemandes langer, starker und sehniger Arm ergriff ihn an der zer-

schlagenen Schulter, hob ihn hoch und schleppte ihn auf den Hof.

Hier ist er, Ihr Verteidiger, sehen Sie sich ihn an, sagte der Lange, der seine Schuhe schon zugebunden hatte. Er legte Sudin mit dem Kopf auf den Pantoffel des Herrn und drehte sich um. So bist du? Davonlaufen? Also du bist gegen mich? Er keuchte mit tonloser Stimme die Worte, sein Bärtchen, das im Kampfe tüchtig gerupft worden war, zitterte vor schäumender Wut. So bist du? er erhob den Bolzen zum Schläge.

Sudin bückte sich, kniff die Augen zusammen, umklapperte den Hammer, erhob ihn und schlug plötzlich zu. Etwas quietschte, schrie, jammerte, wie ein Hund, fiel zusammen, biß mit den Zähnen seine nackten Füße, klammerte sich an ihn und rollte mit ihm die Treppen zum Keller hinunter. Sein Meister hielt jedoch nicht stand. Der Hammer Sudins hatte ihm die Schläfe am linken Auge geschlagen, eine blutige Jauche floß ihm übers Gesicht.

Laß mich! schrie Sudin. Nein, ich laß dich nicht! Und wenn ich selbst dabei umkomme, aber auch dich verfluchten werde ich erwürgen! Er keuchte kaum hörbar und lag wie Blei auf Sudin. Dieser riß sich mit aller Kraft los, der über ihn liegende Körper sprang empor und fiel wieder hin, mit den Beinen die Reste der auseinandergegangenen Drehbank zerstreudend, er zischte, sank tiefer und blieb wie aufgewecktes Brot liegen.

Wankend erhob Sudin sich langsam. Sein ganzer Körper schmerzte vor Quetschungen, Verrenkungen, Wunden und geronnenem Blut. Die ausgeschlagenen Zähne hingen behend an dünnen Häutchen. Die Augen bedeckte ein Nebel des unerträglichen Schmerzes, aber sich an die zerstreuten Gegenstände tastend, begann er langsam die Treppen hinaufzukriechen an die Luft. Plötzlich riß etwas und rollte, fiel herunter und fiel auf den Herrn.

Er wandte sich um. Die Reste der zer schlagenen Drehbank lagen unten wie ein abgenagtes Skelett, daneben in Schmutz und Blut mit weltauseinandergepreizten Beinen sein Herr und Meister. Unter der Decke hing leer und starr der von der Blockrolle der Transmission heruntergesprungene Riemen. Alles verloren! dachte Sudin. Ich werde das selbst gar nicht gut machen können. Wo soll ich nur hin? Wie soll ich mich ernähren? Soll ich etwa zum Nachbar gehen? Er hob mechanisch eine zerquetschte Tafel Schokolade auf, die vor seinen Füßen lag und legte sie unbeachtet in seine Tasche. Eine kleine Tafel Schokolade.

Wie ein Blitz erinnerte er sich plötzlich des Hans. Schlägt er sich etwa noch immer, wie ein Erel zur Belustigung der niederträchtigen Herren? Ist es denn möglich, daß alle diese blauen Blusen, diese hungrigen Idioten, zu einem unentwirrbaren Knäuel zusammengedrängt sich immer noch mit dem Meißel bearbeiten und einander mit Zangen die Augen ausschlagen wegen dieser verfluchten Schokolade, die sie kaum zu sehen bekommen und die man ihnen wie Hunden brockenweise zuwirft? Sollten sie nicht anlässlich dieser Schlägerei alle zusammen mit all den Hammern, Zangen und Meißeln die flachen Schädel dieser Tiere zertrümmern, die mit Stößen ihrer lackierten Stiefelsohlen sie an die Drehbänke und in die Bäuche der Maschinen jagen? Dann haben sie ja die Schokolade und können davon essen, so viel sie nur wollen!

Sudin wurde bei diesem Gedanken schon süß im Munde. Als er die Türe, die zum Hofe führte, geöffnet hat, erblickt er denselben beschmutzten und blutbesudelten Haufen, der keuchend und stöhnend vor Schmerz ineinander verwickelt ist, wie zusammengeworfene Krebse in einem schmalen Korb.

Hans! schrie er aus aller Leibeskraft und erstaunte selbst über seine laute Knabenstimme.

Der demokratische Gummiknüppel

Preußische Polizei im Großkampf gegen den Leipziger SJV.

Der Leipziger SJV hält es für seine selbstverständliche Pflicht, die preußischen Genossen des Grenzgebietes Halle-Merseburg-Felitz im Kampf um das Preußenparlament tatkräftig zu unterstützen. Neben Versammlungen werden Agitationsfahrten organisiert, um auch im „Bollwerk der Demokratie“ den Arbeitern den einzigen Ausweg aus dem politischen und wirtschaftlichen Niedergang zu zeigen. Daß solche „staatsgefährlichen Bestrebungen“ der Polizei des Oberhüters der Demokratie, des Herrn Severing, mißfällt, wundert uns nicht. Daß sie dabei vor Schikanen und geldigen Beugungen des Rechtes nicht zurückschreckt, ebenfalls nicht. Der Leipziger SJV besaß für die Verbreitung von Flugblättern und Versammlungseinladungen im Gebiete der Stadt Merseburg eine von der demokratischen Partei wohlgestempelte Erlaubnis. Wer da nun im feinsten Vertrauen auf die preußische Demokratie glaubt, eine „Erlaubnis“ sei eine Erlaubnis und berechtige somit zur Betätigung im Sinne der „Erlaubnis“, dem wird von der preußischen Polizei der demokratische Star glücklich gestochen. Als die Genossen des SJV am vergangenen Sonntag mit den Flugblättern und der Urkunde der Severingischen Polizei sich Merseburg näherten, hinderte sie zur Überraschung die Polizei am Betreten des demokratischen Merseburger Bodens. Durch die Sperrketten der Polizei, die quer über die Landstraße gezogen waren, durfte „niemand“ hindurch, weil die Flugblattverbreitung eine unerlaubte Demonstration darstelle. Der Hinweis auf die erteilte Genehmigung wurde damit abgetan, daß nur eingetragene Merseburger zur Verbreitung des Werbematerials befugt seien. Als diese erschütternde Logik gebührend von unseren Genossen beantwortet wurde, hielt es die Polizei für geboten, die „Verbreiter“ mit gezieltem Gummiknüppel aus dem Stadtgebiet hinauszutreiben. Herben Schmerz bereitete der Polizei die Tatsache, daß eine mitgeführte rote Fahne sich auf unerklärliche Weise dem polizeilichen Zugriff entzog.

Der uns erteilte Anschauungsunterricht über die preußische Polizeidemokratie bestärkt uns in der Meinung: Nun erst recht!

Leipzig

Öffentliche SAP-Versammlung. Die rührige Westgruppe der Leipziger SAP nahm in einer Versammlung vor der Arbeiterschaft des Leipziger Westens Stellung zum Ergebnis der Präsidentschaftswahl, zu den Wahlen in Preußen und zum sächsischen Volksentscheid. Der überaus gute Besuch, vorwiegend von SPD- und KPD-Arbeitern, ist Beweis dafür, daß das Interesse für unsere Bewegung stetig steigt. Der Referent, Genosse Albert Leonhardt, hielt Abrechnung mit der Politik des Faktorens mit dem Klassenfeind, die in der Illusion gipfelt, die Brüning und Hindenburg seien Plusposten im Kampfe gegen den Faschismus. Leonhardt unterzog des weiteren einer Kritik die kommunistische Parole: „Der Hauptfeind ist die SPD!“, die in ihrer objektiven Auswirkung die Gewinnung der SPD-Arbeiter für die Revolution erschwert, wenn nicht gar unmöglich macht. Der offene Abmarsch kommunistischer Wählerschichten ins Lager der Faschisten ist die logische Folge dieses Parolenunsinns. Der kommunistische Diskussionsredner war mit seinen reichlich verworrenen Ausführungen eine Quelle ungetrübter Heiterkeit für die Versammlung, die ihren Höhepunkt mit der Behauptung des Diskussionsredners erreichte, die SAP sei „der linke Flügel des Faschismus“. Die Mahnung des Referenten im Schlußwort, über kleinliche parteigegensätzliche Erörterungen hinweg an der Schaffung der roten Einheitsfront zu arbeiten, fand auch unter den stillgewordenen Kommunisten nachdenkliche Zuhörer. Ein voller Erfolg für die SAP.

Unsere Stellung zur Sowjet-Union. Ueber dieses Thema sprach Genosse Thalheim, der im Jahre 1928 an einer Delegationsreise nach Rußland teilnahm. Er führte aus, daß die grundsätzlich bejahende Einstellung zur Sowjet-Union Grundbedingung für den kommunistischen Charakter einer Partei sei. Sehr sachkundig schilderte er die Aufbauarbeit der Sowjet-Union vom Kriegskommunismus über die Nep-Periode zum 1. und 2. 5-Jahrplan; er erwähnte die zu überwindenden Schwierigkeiten, die besonders in den Sünden des Zarisismus (Kriegsschulden, kulturelle und ökonomische Rückständigkeit, Ueberbürokratisierung) und im Widerstand der Bauernschaft bestanden, den Stalin — im Gegensatz zur Trotzki — durch freiwillige Kollektivierung zu überwinden sucht. Gegenüber diesen gewaltigen Leistungen sei die gehässige Einstellung der SPD zur USSR nur ein schwacher Versuch, das Versagen des Reformismus vor den Massen zu verschleiern. Die Kominternpolitik sei vor allem darauf bedacht, den inneren Aufbau der Sowjet-Union zu schützen. Es liegt ihr mehr an Differenzen zwischen den westeuropäischen Staaten, als am internationalen Zusammenschluß der Arbeiterschaft. Aus dieser Einstellung resultiert der nationalistische Scheringerkurs der KPD.

Oppositionsvormarsch im ZdA. Sowohl der Hauptvorstand als auch die Leipziger Ortsverwaltung des ZdA hielt es mit ihrer Pflicht, objektive und unparteiliche Verwaltungstätigkeit auszuüben, für vereinbar, alle „SAP-Bestrebungen“ und „SAP-Fraktionsbildungen“ unter Ausnahmerecht zu stellen, obwohl beide Instanzen die Bildung von SPD-Fraktionen nicht nur dulden, sondern aktiv fördern. Trotzdem, oder vielleicht gerade deswegen, ist das Wachen der oppositionellen Bewegung im ZdA nicht zu verhin-

Saalfelder Wahlunruhen vor dem Berufungsgericht

Hochbetrieb herrschte am Saalfelder Amtsgericht, 16 Angeklagte saßen auf der Anklagebank. Zur Verhandlung standen die politischen Zusammenstöße vom Nachmittag des 12. März. Damals waren gegen 70 Mann vom Schnellrichter zu Strafen von einer Woche bis zu zehn Monaten verurteilt worden. Leider hatten die meisten Verurteilten unter dem Hinweis auf die zu erwartende Amnestie die Strafe anerkannt, so daß nur diese 16 Fälle zur Verhandlung standen. Die Angeklagten, meistens Kommunisten, wurden verteidigt von dem Genossen Dr. Kurt Rosenfeld. Als Zeugen waren nur Belastungszeugen geladen. Genosse Rosenfeld beantragte die sofortige Ladung von Erklärungszeugen. Diesem Antrag wurde vom Gericht bis auf einen Zeugen, welcher sich schon in Haft befindet, entsprochen. Die Verhandlung zeigte, daß man mit den Strafbefehlen doch wohl nicht sorgfältig genug verfahren war, und die Verurteilungen nur auf die vom Haß verwirrten Zeugnisaussagen der Nazis zurückzuführen sind. Ein Angestellter Th. konnte gleich zu Beginn der Verhandlung ausscheiden, da er irrtümlich zweimal verurteilt war, vom Schnellrichter in Saalfeld zu 3 Monaten und vom Schnellrichter in Rudolstadt zu 7 Monaten. Die Strafe von 7 Monaten hatte Th. angenommen, da er bei Nichtanerkennung in Haft hätte bleiben müssen. Es wäre ihm dann unmöglich gewesen, seine Unschuld zu beweisen. Dieser Angeklagte konnte dem Gericht eine eidesstattliche Erklärung vorlegen, daß der Nazizeuge, auf dessen beschworene Aussage Th. zweimal verurteilt wurde, sich in der Person geirrt hatte. Ein Wiederaufnahmeverfahren muß nun eingeleitet werden. Den anderen Angeklagten konnte nichts Strafbares nach-

gewiesen werden, so daß Genosse Rosenfeld für sämtliche Angeklagte Freisprechung beantragte. Der Amtsanwalt beantragte dagegen Strafen von einer Woche bis zu fünf Monaten. Am Tage zuvor hatten die Kommunisten die Betriebsarbeiter und Erwerbslosen zu einer Versammlung in den Meiningener Hof eingeladen. Der Versammlungsleiter und der Referent, Bezirksführer der RGO Brobart, Erfurt, gelitten den schlechten Versammlungsbesuch und konnten es sich nicht erklären, daß gerade in Saalfeld die Arbeiter nicht im Massenansturm zur KPD kommen. Genosse Grünwald legte in der Diskussion die falsche Taktik der KPD-Führung klar und nannte die Gründe dafür, warum die Kommunisten nicht die Partei der Massen sein kann. Während der Referent die SAP und deren Führer in Grund und Boden verdammt, war Genosse Rosenfeld auf dem Wege nach Saalfeld, um die Kommunisten zu verteidigen. Die Ortsgewaltigen der KPD stellten keine Verteidigung, empfahlen vielmehr den Angeklagten, sich verurteilen zu lassen; das wäre ein Erfolg, und die KPD erhielt dadurch erprobte Kämpfer. Wer sich von Rosenfeld verteidigen ließe, sei für die KPD erledigt, aber alle 16 Angeklagten waren froh, daß Rosenfeld da war, und betrauten diesen mit der Verteidigung. Es bleibt abzuwarten, ob nun diese KPD-Mitglieder aus der Partei ausgeschlossen werden, oder ob diese Genossen selbst eingesehen haben, daß ihres Bleibens in der KPD nicht länger sein kann. Den Angeklagten wurde das auch schon während der Gerichtsverhandlung bewußt, denn unter den vielen Zuhörern war nicht ein Einziger von den sogenannten Führern der KPD anwesend, ein Zeichen dafür, daß es diesen Leuten egal ist, ob die Mitglieder schwer bestraft oder freigesprochen werden.

den. Die in der vergangenen Woche stattgefundenen Wahl der Branchenleitung der Fachgruppe Großhandel im Leipziger ZdA bewies, daß der Gedanke der revolutionären Gewerkschaftsopposition marschiert. Ungeachtet aller Geschäftsordnungsmanöver der beamteten Versammlungsleitung erhielt die Liste der SAP und der KPO 18 Stimmen gegenüber 13 Stimmen, die auf die KPD-Liste entfielen. Den Reformisten war es trotz aller Stimmungsmache nicht möglich, mehr als 41 Stimmen zu erhalten, im Effekt also eine Mehrheit von 10 Stimmen gegenüber der Opposition. Der ultralinke Gewerkschaftskurs der KPD verhinderte auch hier eine Zusammenfassung der Opposition auf einer Liste.

Delftsch

Die KPD hielt eine öffentliche Wählerversammlung ab. Anstelle des gemeldeten Referenten Schlag war die Reichstagsabgeordnete Marie Ahlers erschienen. Ihre Ausführungen waren die üblichen, sie hielten sich in den von der herrschenden KPD-Bürokratie vorgeschriebenen Bahnen. SPD-Arbeiter waren nicht anwesend. Sie zeigte selbstverständlich keinen Ausweg, wie die Partei nunmehr an das Millionenheer der sozialdemokratischen Arbeiter herankommen kann. In der Diskussion blieb es dem Stammhalter der KPO, Genosse Musigmann, vorbehalten, sein volles Herz über die SAP auszuschütten. Er machte der Referentin Vorwürfe, daß sie so wenig gegen die SAP gesagt hätte. Eine bessere Schimpf- und Verleumdungskanonade hätte auch ein Linienmann nicht vollbringen können. Er verzapfte wieder den Unsinn, daß die SAP auch dann, wenn die KPD ihren Kurs ändere, keine Einigung mit der KPD herbeiführen wolle. Natürlich lehnt Musigmann eine aktive Mitarbeit an der Herstellung einer derartigen Einheitsfront ab, er fühlt sich als Held, wenn er als Schmelzeisen und Kritiker sein Leben lang über den Dingen stehen kann. Er forderte auf, obwohl er nach wie vor den Kurs der KPD für verbrecherisch hält, der KPD die Stimme zu geben. Unser Genosse Gebhardt war in der Lage, noch einmal der Versammlung die großen Gefahren, die vor der Arbeiterklasse stehen, aufzuzeigen. Die KPD habe infolge ihres ultralinken spalterischen Kurses ihre historische Aufgabe nicht erfüllt, sie wird bei Fortführung dieses Kurses die gesamte Arbeiterklasse an den Abgrund bringen, sie trägt neben der SPD die Hauptverantwortung für die Kampfunsfähigkeit des Proletariats. Mit ihren Wutausbrüchen gegen die „Sozialfaschisten“ und ihre Verhinderung jeder Einheitsfront wird sie keinen Schritt vorwärtskommen und keinen Sozialdemokraten überzeugen. Die SAP sei jederzeit bereit, mit der KPD für den Kommunismus zu kämpfen, wenn diese ihren verhängnisvollen Kurs aufgibt. Es ist die Aufgabe der Arbeiterklasse, die KPD-Bürokratie auf eine gesunde Bahn zu bringen. Wer daran mithelfen will, der muß am 24. April seine Stimme der SAP, der Liste 18, geben.

Crimmitschau

Das ist die Eisernen Front der SPD! Das „Sächsische Volksblatt“ bringt in der Mittwoch-Nummer die Sperrung des Neubaus Dr. med. Uhlemann, ebenfalls mit der Zuschrift: „Es sei hier gleich mit festgestellt, daß das Mitglied des Stahlhelms, Erich Kirsche, Streikbrecherarbeit leistet.“ Aber was das „Volksblatt“ vergessen hat, das wollen wir hier nachholen. Wir wissen, warum man bei der SPD so manches vergißt, aber wir wollen die Öffentlichkeit darüber

aufklären. Wer ist die Firma L. E. Kuhn, wie es im „Sächsischen Volksblatt“ heißt? Handelt es sich um die Firma L. E. Werler, und Werler ist Mitglied der SPD, Ortsgruppe Crimmitschau. Deshalb hat man wohl im „Sächsischen Volksblatt“ aus der Firma Werler eine Firma Kuhn gemacht. Das hätte sich die SPD ersparen können. In den letzten Jahren, als wir noch in der alten Partei waren, wurde gegen Emil Werler mehrmals der Ausschluß beantragt; der letzte Antrag wurde in einer Mitgliederversammlung einstimmig gestellt. Und was ist daraus geworden? Die Instanzen konnten nicht ausschließen! Warum? Werler sollte nach dem Antrag ausgeschlossen werden, weil er gegen die Interessen der Partei und gegen die Interessen der Arbeiterschaft gehandelt hat! Daß dies nie zur Entscheidung kam, hat seine guten Gründe. Vielleicht fragen wir mal bei Artur Jung oder bei Herrn Leonhardt Gaell an, es könnte noch manches in dieser Sache geklärt werden. Jung war ja immer auf Werler gut zu sprechen, auch wenn Werler gegen die Tarifrechte der Bauarbeiter ausholte! Jung ist „nur“ Metallarbeitergeschäftsführer! Die SPD hat einen in Crimmitschau Pech über Pech. Vielleicht können wir nächstens einmal etwas aus der Familienchronik der SPD bringen.

Der Stab der Eisernen Front unter Führung von Karl Bleher war Mittwoch in der Bahnhofstraße versammelt und mußte sich das schöne Schauspiel ansehen, wie die Hindenburg-Schiek-Polizei die Streikbrecher bewachte. Aber Graf Ernst hat ja zur letzten Parade auf dem Marktplatz ein „Hoch auf die soziale Republik“ ausgebracht. Staatlich sanktionierter Streikbruch gehört zu dieser Republik genau so, wie die SPD dazu gehört. Arbeiter, geht ihr nicht, was hinter Hindenburg, Brüning, Groener, Schieck toleriert wird? Mag sich jeder Arbeiter durch diesen Fall Weller die Augen öffnen lassen.

Achtung, Bauarbeiter! Der Neubau Dr. med. Uhlemann, Crimmitschau, Bahnhofstraße, ist wegen Lohndifferenzen gesperrt. Zutritt ist fernzuhalten. (Bauausführende Firma L. E. Werler!)

Wilkau

Frühjahrsausflug. Gemäß dem Beschluß der letzten Parteiversammlung veranstaltet die Partei am morgigen Sonntag einen gemeinsamen Halbtagsausflug. Stellen 12.45 Uhr am Friedhof, Abmarsch pünktlich 13 Uhr. Wir gehen durch den Plötzschgrund nach Niederarintz und treffen uns dort mit den Kirchberger Genossen.

Chemnitz

Weisheiten eines Gewerkschaftsangeestellten. Vor wenigen Tagen hielt der Gesamtverband — Sektion Gemeindearbeiter — eine Mitgliederversammlung ab, um den Bericht über die Mantel- und Lohntarifverhandlungen entgegenzunehmen. Zum Bericht selbst ist nicht viel zu sagen, es ist immer dasselbe: in regelmäßigen Abständen erfolgt ein Abbau nach dem andern. Mal betrifft den Lohn, ein andermal Vereinbarungen aus dem Manteltarif, diesmal gleich alles beides. Die Ausführungen des berichtserstattenden Kollegen ließen jeden wirklichen Kampfgeist vermissen. Sie waren eine einzige Jeremiade. Die Diskussion bewegte sich anfänglich um relativ nebensächliche Fragen, erst als einer unserer Genossen ein wenig in die Zusammenhänge hineingeleuchtet hatte, wurde es lebhafter. Als erster trat der Gewerkschaftsangeestellte Berns auf den Plan. Was er sich an Verdrehungs-

kunststüchchen leistete, das sei ihm in christlicher Milde verziehen, aber was er sonst noch behauptete, sei für die Zeitgenossen und die Nachwelt aufzuzeichnen. „Wir können heute klar sehen, daß wir auf dem Wege der Grundung sind, auf dem Wege zu vernünftigen politischen Verhältnissen“. Angesichts solcher heillosen Fälschungen muß jeder Neid verblasen. Aus der ausländischen Presse, insbesondere der französischen, will er sogar wissen, daß es ab Herbst 1932 wieder eine neue Konjunktur gebe. Dann werde alles wiedergeholt werden, was in dieser Krise hinfällig geworden sei. Auch sonst ist er theoretisch beschränkt. Als seine fundamentalste Weisheit legte er den erstaunten Zuhörern den Satz hin: „Vernünftige politische Verhältnisse schaffen vernünftige wirtschaftliche Verhältnisse.“ Karl Marx hat es ja gerade umgekehrt gemeint, daß nämlich sich der politische Überbau nach den vorhandenen wirtschaftlichen Verhältnissen forme, aber das braucht ein Gewerkschaftsangelegter nicht zu wissen. Denn sonst könnte die Theorie, daß die Krise demnächst wieder von einer Konjunktur abgelöst werde, nicht aufrecht erhalten werden. Denn dann könnte man seinen Anhängern nicht mehr Geduld predigen, sondern müßte sehr ernsthaft sich mit der Vorbereitung eines Kampfes gegen Lohnraub und Unternehmerwillkür befassen. Was dann noch an Diskussions- und Schlafreden folgte, war ein einziger Jammer. Den Gemeindearbeitern aber muß immer und immer wieder ins Hirn gehämmert werden, daß jede Stunde Aufschub des Kampfes die Aussichten auf einen Erfolg verachtert. Es ist endlich an der Zeit, Front zu machen gegen jede weitere Verschlechterung der Lebenshaltung der Gemeindearbeiter.

Düsseldorf

Wie es ausgeglichen Proleten geht! Der Mann ist 76 Jahre alt, ein Leben voll Mühe und Arbeit hat er hinter sich, als Krönung seiner für die Gesellschaft geleisteten Dienste erhält er die fürstliche Altersrente von RM. 30.— pro Monat. Wohlfahrtsunterstützung wird ihm verweigert, weil er im Haushalt seines kurzarbeitenden Sohnes wohnt, der aber selbst nicht weiß, wie er den Unterhalt seiner Familie von dem kirglichen Lohn bestreiten soll. In seiner Verzweiflung versucht nun dieser alte, schwache, kränkliche Arbeiter, Almosen zu erbetteln. Aber schon hat ihn die heilige Hermandad erfaßt, schleppt ihn vor den Kad; 4 Tage Haft und Ueberweisung an die Landespolizeibehörde ist die Strafe. Es ist geradezu ungeheuerlich, einen solchen Mann noch auf 2 Jahre dem Arbeitshaus zuzuweisen! Jeder Kenner der Verhältnisse weiß, daß die Korrigenten (so werden die Insassen der Arbeitshäuser bezeichnet) unter viel strengeren Kommando leben müssen als Gefängnisinsassen. Das ist die Krönung aller Regierungskunst der freiesten Republik und der Dank an einen in Arbeit ergrauten Menschen! Dieser soll durch Arbeit gebessert werden, obwohl er zur Arbeit zu krank und zu schwach ist. — Vielleicht kommt die Zeit, wo die arbeitsfähigen „Großpensionäre“ solchen Anstalten überwiesen werden, die heute noch Arbeiter in dieser Weise traktieren!

Dortmund-Marten

Kundgebung der Eisernen. Vor ungefähr 8 Tagen verkündeten große Plakate in Marten eine öffentliche Versammlung der SPD und Eisernen Front, in welcher Dr. Hilferding, Reichsfinanzminister a. D., sprechen sollte. Flugblätter bezeichneten sie ebenfalls als „Öffentliche Versammlung“. Die „Kielante“ schrieb jedoch am gleichen Tage, diese Versammlung sei eine „Kundgebung“. Das ist der neueste Trick der SPD, daß man versucht, die Massen für eine öffentliche Versammlung, in welcher selbstverständlich Redefreiheit gewährt wird, scharf zu machen. Die Arbeiterschaft muß dann nachträglich erfahren, daß es eine Kundgebung ist. Und da wird selbstverständlich nicht diskutiert! Auf den neuen Trick sind allerdings diesmal nur 50 Besucher hereingefallen, denn die übrigen Besucher waren linientreue SPD-Mitglieder und Reichsbannerleute von nah und fern. Ein SPD-Mitglied versicherte uns, es seien sogar Reichsbannerleute von Leverkusen herbeigekommen. Die Lokale zu füllen versteht die SPD, und wenn man die Leute dazu aus der Provinz kommandiert. Vor dem Versammlungslokal hatte man den bekannten „Klostermann“ als Lakaien aufgestellt, welcher Herrn Hilferding empfing. In seinem Pflichteifer hätte er beinahe einen anderen empfangen. Doch Disziplin über alles! Hand an Mütze und Hosennaht, führte Klostermann den „geistigen“ Botsner der SPD durch den Saaleingang, wo Reichsbannerleute rechts und links salutierten. Als Hilferding am Schluß noch erklärte: „Wir Marxisten, wir, die einzige marxistische Partei Deutschlands“ — lachten nicht nur die zuhörenden Kommunisten, sondern auch die Hühner auf Kortmanns Hof. — Wir werden am 24. April Preußen nicht erobern mit den Worten: „Staat, greif zu!“, sondern mit der Parole: „Erobert Preußen! Prolet, greif zu!“

Organisationsnachrichten

SAP Ortsverein Düsseldorf: Mittwoch, 27. April, 20 Uhr. Mitgliederversammlung im Lokal Tausch, Willystraße 70. SJV-Kindergroupen Düsseldorf: 17.45 Uhr. Wir bitten um Freundschaftsbesuch. Montag, 17.45 Uhr. Wir bitten um Anmeldung für Pfingstfahrt: Unkosten RM. 2.—. Deutsche Friedensgesellschaft Dortmund: Montag, 25. 4., 20 Uhr. Versammlung im Volkshaus. Schulrat Müller spricht über das Thema „Rußland oder Frankreich?“ spricht über das Thema „Rußland oder Frankreich?“ Eintritt frei. Gäste willkommen. SAP Altkreis-Hartmann: Sonnabend, 23. April, im Alberichshöfen, Hartthau Rota-Luxemburg-Straße, 20 Uhr. Mitgliederversammlung. Genossin Eva Stedeli spricht über: „Unser Parteitag“. Ergänzungswahlen. Gäste Zutritt. SJV Unterbezirk Erzeberger: Sonnabend, 23. April, Werbeveranstaltung im Bernsbach. Die Gruppen treffen 18 Uhr in Oberplötzsch ein. — Am 1. Mai beteiligen wir uns an den Veranstaltungen der Partei. — Melde- und Zahltermine für Pfingstzeitlager 8. Mai.

Sportschau der SAZ

Sportgenosse!

Sportgenossin!

Wo stehst Du?

J. H. Berlin, 22. April 1932.

Am kommenden Sonntag wirst du vor einer wichtigen Entscheidung gestellt. Du mußt entscheiden, ob du dich mit Hilfe des Stimmentzettels aussprechen willst für die bisherige Politik des Zurückweichens der großen Arbeiterorganisationen und des damit bedingten unaufhörlichen Nachdrängens der faschistischen Bewegung, ob du der SPD die Stimme gibst, die ob des Phantoms Staat alle Erregenschaften der Arbeiterklasse geopfert hat und jederzeit zu opfern bereit ist, oder ob du zu jenen Kräften stoßen willst, die alles einsetzen dafür, daß die Arbeiterklasse geehrt und so gestärkt werde, daß sie imstande ist, das kapitalistische Wirtschaftssystem zu überwinden und überzuführen in ein planmäßiges sozialistisches.

In Preußen haben ein Jahrzehnt lang Sozialdemokraten in maßgebenden Stellen gewirkt. Es haben in Preußen regiert diejenigen, die die Sozialdemokratie als ihre besten Köpfe bezeichnet. Und was hat sich gezeigt? Nur der Klassengegner hat aus den Koalitionen Konzessionen herauszuholen vermocht. Der Arbeiterschaft Preußens aber geht es nicht besser als in den Stanten, die während all der Jahre von bürgerlichen Kabinetten regiert waren. Im Gegenteil! Das ist der deutlichste Beweis dafür, daß in jedem kapitalistischen Staat die Regierung — ganz gleich wie sie zusammengesetzt ist — nur die Interessen ihrer Auftraggeber, der Kapitalisten und ihrer Institutionen besorgen kann.

Die Beamten des Arbeiter-Turn- und Sportbundes haben es in der Hitze des Wahlkampfes anscheinend vergessen, daß sie außer Mitgliedern der SPD auch noch Funktionäre eines Bundes sind, der, wenn er geschlossen bleiben will, zwar absolut sozialistisch sein muß, bei der nun leider noch bestehenden Uneinigkeit der Arbeiterklasse sich aber nicht auf eine Partei festlegen darf. Wenn die Genossen Geld und Reichert in offiziellen und vom offiziellen Pressedienst des Arbeiter-Turn- und Sportbundes verbreiteten Aufrufen auffordern, nur die SPD zu wählen, so ist das eine Ueberschreitung ihres mit ihrem Amte verbundenen Rechts. Denn nur ein Teil der Mitglieder des ATSB gehört der SPD an, der größere Teil ist entweder — teils verängert durch die Politik der SPD, teils aus anderen Gründen — leider gar nicht politisch oder aber in anderen Linksparteien organisiert. Mit dem Aufruf setzen sich die Genossen des Vorstandes in Gegensatz zu einem ganz erheblichen Teil der Mitglieder.

Wie aber der Genosse Gellert, der doch die Dinge sicher kennt, heute noch von der „Aufbauarbeit der Sozialdemokratie in Preußen“ sprechen kann, das wird nun allerdings niemandem einleuchten können. „Aufbau“ ist lediglich noch vorhanden bei der Polizei und der Justiz. Das sind die einzigen Institutionen, die in Preußen erhöhte Geldzuwendungen erhalten. Sonst ist aber bei allem außerordentlich gestrichen worden, was irgendwie den Minderbemittelten zugute kommen konnte. Und besonders auf sportlichem Gebiet sind die Einsparungen katastrophal. Von 900 000 Mark, die Preußen 1930 noch für Sport ausgab, werden 1932 nur noch 150 000 übrig bleiben. 750 000 sind glatt gestrichen worden. 150 000 für die sportliche Betätigung der Jugend, dafür aber insgesamt gegen 80 Millionen für die religiösen — evangelischen, katholischen und jüdischen Organisationen.

Wenn das aber der Genosse Gellert Aufbau

nennt, wenn 1913 für den staatlichen Machtapparat 743,8 Millionen, 1932 dagegen fast das Doppelte, 1.296,8 Millionen aufgewandt werden, oder für die Innenministerien (vor allem die Polizei) statt 103,0 Millionen vor dem Kriege 415 Millionen, dann mag er recht haben. Zur Ehre gereicht's aber den sozialdemokratischen Ministern wirklich nicht.

Wir wollen, wie gesagt, niemandem bösen Willen unterstellen. Zwölf Jahre Regierungsbeteiligung in Preußen haben aber gezeigt, daß bei der Kompromiß- und Koalitionspolitik mit dem Bürgertum die Sozialdemokratie zwar den Büttel und Gummiknüppelschwinger für die Bourgeoisie abgeben und sich bei der Arbeiterschaft bis ins letzte diskreditieren, sonst aber nur der spendende Teil auf Kosten der Arbeiterschaft sein durfte.

Es ist letzte Zeit, daß die deutsche Arbeiterklasse sich darauf besinnt, daß nur sie allein sich befreien kann. Daß sie nur aus eigener Kraft, daß nur die Gemeinschaft aller Proleten die Befreiung des Proletariats bringt.

Wo stehst du, Sportgenosse, Sportgenossin? Mit Braun-Severing neben dem Klassengegner in der bürgerlichen Regierung oder mit deinen Klassengenossen in Kampffront gegen die herrschende Klasse?

Die Entscheidung kann nicht schwer sein! Du kannst am Sonntag nur wählen

SAP Liste 18

Handball in Südwestsachsen

Zwickau

Die Serienspiele gewinnen immer mehr an Bedeutung. Es beginnen jetzt innerhalb der Spitzengruppe entscheidende Kämpfe. Am Montag erscheinen die Tabellen. Niederbaltitz I-Zwickau I (11.00 Uhr). Das Spiel ist eines der bedeutungsvollsten, denn der Verlierer bekommt zwei Minuspunkte, die sich sehr zu seinem Nachteil auswirken können — Planitz I-Laubitz I (11.15 Uhr). Eine Umstellung in der Planitzer Elf wirkte sich sehr vorteilhaft aus. Der Sturm zeigte im letzten Spiel eine gute Leistung — Wilkau I-Turber-Crimmitschau I (10.00 Uhr). Die unbeständige Spielweise des Wilkauer Sturms läßt keine sichere Voraussage auf den Sieger zu. — Calandorf I-Werdau I (11.30 Uhr). Calandorf war jetzt 14 Tage spielfrei. Ueber die neudurchgestellte Mannschaft läßt sich noch nichts weiter sagen, das günstige Abschneiden gegen Zwickau läßt aber aufhorchen. — Oberreichenbach I-Zwickau II (10.00 Uhr). Den Vorteil des eigenen Platzes sollte der Gastgeber einmal ausnutzen und versuchen, sich die ersten Pluspunkte zu holen. Die Gäste erschienen etwas besser. — Naukirchen I-Marienthal I (15.00 Uhr). Nach vielen Mißerfolgen sollte es Marienthal endlich einmal fertig bringen, sich die ersten Punkte zu holen. Enttäulich ist, daß die Elf den Mut nicht verliert. — Reinsdorf I-Niederbaltitz II (10.30 Uhr).

BESTELL-SCHEIN

Bestelle zur sofortigen Lieferung durch _____ Exemplar

„SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung“

Zentralorgan der Sozialistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Name: _____

Wohnort: _____

Straße: _____

monatlich . . . 2,40 RM. inkl. Bestellgeb
wöchentlich . . . 0,60 RM. inkl. Bestellgeb
bei Postbezug 2,10 RM zuzügl 36 Pf
Zustellungsgebühr

Diesen Bestellschein nimmt entgegen jeder Vertrauensmann und Zeitungsbote der SAP, der Briefträger, oder schicke ihn an: Sichel Zeitungs-Verlagsgesellschaft m.b.H. Berlin O 27, Magazinstraße 15-16

Organisationsnachrichten

SAP

Bezirksverband Berlin: Montag, 22. April, 19 Uhr engere BL-Sitzung im Sekretariat, Prenzlauer Allee 34 — Dienstag, 23. April, 19 Uhr alle Berliner Parteifunktionärsammlung im Vogel, Festzelt, Borsigpark 27. Erhalten müssen auch alle Bezirksvereinssekretariate und Funktionäre in Massenorganisationen.

Alle Ortsgruppenleiter holen sofort die Einheitskarte für Malleser ab.

Achtung! Mitgliedbuch des Gen. Valentin Ollberg, Neub. in, Werrastraße 26, ist verlorengegangen und sofort zu sperren.

Ortsgruppe Mitte (Abt. Süd): Sonnabend, 23. April, 17 Uhr, alle Genossen zur Wahlberechtigung im Vogel, Festzelt, Borsigpark 27. (Kübel, Borsigpark 27.)

Ortsgruppe Mitte (Abt. Nord): Sonnabend, 23. April, 17 Uhr, alle Genossen zur Wahlberechtigung im Vogel, Festzelt, Borsigpark 27. (Kübel, Borsigpark 27.)

Ortsgruppe Tiergarten (Abt. West): Sonnabend, 23. April, 16.15 Uhr, Flugblattverbreitung, Treffpunkt bei Pöhl, Karlshorststraße 52. Sonntag, 24. April, 8 Uhr, alle Wahlberechtigten im Vogel, Festzelt, Borsigpark 27. Beginn der Wahlhandlung bei Teichow, Werrastraße 26.

Ortsgruppe Friedrichshagen: Alle Genossen von Partei, Schulung und Jugend nutzen das heutige Wochenende für Wahlarbeit und Sammelaktionen zugehend.

Ortsgruppe Kreuzberg: Die Parteigenossen, welche noch nicht am Wahllokal waren, sind eingeladen, sich Sonntag, 24. April, im Zentralwahllokal Luch, Schulungstraße 9, Symposiums- und SAZ-Lese-Meilen, sich ebenfalls zur Wahlberechtigung.

Ortsgruppe Charlottenburg: Heute, Sonnabend, 23. April, alle erwählten Genossen ab 10 Uhr im Grund, Pestalozzistraße, Ecke Erdbeerestraße, Sonntag, 24. April, 8 Uhr, im Zentralwahllokal „Luch“, Schulungstraße 9, Ecke Grundstraße (Telephon C 4 Wilkau I). Ende der Arbeit der Wahlberechtigten für die Wahllokale und sonstige Wahlarbeiten. Pflichterfüllung.

Ortsgruppe Steglitz: Sonnabend, 23. April, 19 Uhr, bei Weizsäcker, Berlinstraße 1. Letzte Besprechung zum Wahltag. Alle Genossen müssen erschienen sein. Treffpunkt im Haus und Hofweg, Sonnabend, 23. April, 19 Uhr, Sonntag, 24. April, 7.15 Uhr, alle Genossen zu Teil zur Wahlberechtigung.

Sportler lest die SAZ

Ortsgruppe Tempelhof: Sonnabend, 23. April, 20 Uhr, und Sonntag, 24. April, 7 Uhr, bei Grün, Kaiser-Wilhelm-Straße 24, Radfahrer mit Rad.

Ortsgruppe Prenzlauer Berg: Sonntag, 24. April, 17 Uhr, am bekannten Treffpunkt alle zur Wahlberechtigung.

Ortsgruppe Lichtenberg: Sonntag, 24. April, 8 Uhr früh, alle Genossen zur Wahlberechtigung bei Rote, Gabelstr. 28.

Ortsgruppe Reinickendorf: Flugblattverbreitung heute, Sonnabend, 23. April, 16 Uhr, Treffpunkte bei dem Gen. Sperling, Massow und Unger.

SJV

Heute, Sonnabend, 23. April, 19.30 Uhr: Spandau: Arbeitsgemeinschaft. Tempelhof-Mariendorfer: Arbeitsgemeinschaft. UB Neukölln: Funktionärsitzung bei Erika Widmannstraße 3. Treffpunkt 18.30 Uhr Ballgrog (Himmelsplatz).

Treffpunkte für Sonntag zur Wahlberechtigung: Schöneberger Viertel „Paul Loh“: 6.30 Uhr Gahrner Str. Unterbreck Neukölln: 8 Uhr bei Bulke, Fuldstraße, Ecke Werrastraße, 19 Uhr Heimabend im Heim, Steinmetzstraße 114. Wahlresultate.

Mitteilungen der BL: Achtung! Alle Gruppen Flugblätter für die SAZ abholen. Alle Gruppen die Berichtsbogen für das erste Quartal abliefern. Alle „Rote Pioniere“ und „Jugendproleten“ sind umgehend im Sekretariat abzurufen.

Appell an alle Gruppen: Heute, Sonnabend, 23. April, Flugblattverbreitung in allen Parteizeirken. Alle Genossen müssen reiflos erscheinen.

Sonntag, 24. April: Ab 16 Uhr Prenzlauer Allee 34, Wahlergebnisse durch Radio. Instrumente mitbringen. Referentensuche: Alle Genossen und Genossinnen müssen unbedingt Montag, 25. April, 20 Uhr, erscheinen. Stellungnahme zum Wahlergebnis. Älteren- und Jüngeren-Arbeit.

Freiwillige Gemeinde: Sonntag, 11 Uhr Pappel-Allee 15. Vortrag von Herrn Dr. K. Sturm: Knut Hamsun. Gäste willkommen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Herbert Duckstein, für literarische Jobannes Hoffmann. Verlag Sichel Zeitungs-Verlagsges. m.b.H. Druck Georg Koenig, sämtlich in Berlin O 27, Magazinstraße 15-16. „SAZ Sozialistische Arbeiterzeitung“ erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: Berlin O 27, Magazinstraße 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2904. Verlag und Expedition: Berlin O 27, Magazinstraße 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2905.

Bezugspreis für einen Monat durch die Post bezogen: RM 2,10 und RM — 36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen: RM 2,10 und RM — 36 Zustellgebühr. Unter Kreuzband: RM 2,10 monatlich rückgängig RM 1,30 Porto.

Inserentenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund anderer Spezialtarife für die Verbreitungsgebiete. Alle Zahlungen sind zu leisten an: „Sichel Zeitungs-Verlagsges. m.b.H.“ Berlin O 27, Magazinstraße 15/16. Postcheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 1539 28.

Staats-Theater
Oper u. d. Linden
Sonnabend, 23. April
8 Uhr
Die Hugenotten
Schauspielhaus
a. Gendarmenmarkt
Sonnabend, 23. April
8 Uhr
Peer Gynt
Schillertheater
Lützowplatz, Scharnhorststr.
Sonnabend, 23. April
8 Uhr
Matron der Weise
Lest den Klassenkampf
Werbt Abonnenten

Volkstheater
Theat. a. Gellert
D. L. N. d. 294
Sonnabend, 23. April
8.00 Uhr
Lilium
Rose-Theater
Große Frankfurter Str. 132
Sonnabend, 23. April
8 u. 9 Uhr
Die Frau die jeder sucht
Circus BUSCH
Sonnabend, 23. April
8.15 Uhr
Die Frau die jeder sucht
a. Variet-Programme
Preise 0,30 b. 3.—

NINO FÜR JEDERMANN
Potsdamer Str. 4, im Voxhaus am
Potsdamer Platz 8 Kurt. 2334.
Max Hansen
in dem neuesten Tonfilmregie:
Der Frauentriumph
mit
Martha Eggerth, Kammerling, Leo Slezak, Paul Morgan, Albert Paulig
Das große törende Beiprogramm
Ufa-Tonwochenschau
1. Teil ab 9 Uhr vorm.
Sonntag ab 3 Uhr nachm. bis 11 Uhr nachts
Einzig. Tag- u. Nachtkino Berlins

Pharus Lichtspiele
Müllerstraße 142
Erstaufführung
Kriminalreporter Holm
(Die Bombe platzt)
Sensationsfilm mit
Hermann Speimanns, Elga Brink, Julius Falkenstein und Harry Hardt
dazu: Camilla Horn in
Leichtsinnige Jugend
mit Walter Rilla
Neueste Tonwechsenschau!

Münz-Theater
Münzstr. 10
Tonfilm-Tageskino
Die Million
mit
Fräulein, falsch verbunden
Lichtspiele
am Stettiner Bahnhof
Invalidenstraße 127
Tonfilm-Tageskino
Harry Piel, der Geheimagent
und
Der Anschlag auf den Bepeschreiber
Theater des Weddings
Müller-, Ecke Sellenstraße
Victoria und ihr Musar
dazu:
Felix Bressart in
Der Kampf m. d. Hausdrachen
außerdem:
Dick und Do, die Braut in der Bar

Elysium - Lichtspiele
Prenzlauer Allee 56
2 große Schlager
Sergeant X
d. Geheimnis d. Fremdenlegation
mit
Magda Schneider in
2 in einem Auto
Sonntag 3 Uhr, Große Jugendvorstellung
Der große Preisabbau, Wochentags bis
8 Uhr, Sonntags bis 4 Uhr — 70 Pf.
N. hinter von 80 Pf. an

PRATER
Lichtspiele
Kastanienallee 7/9
Hochbahnhof Danziger Straße
Autobus 9
2 Tonfilme von Format
Nachkolonne
das erschütternde Drama eines gerubten
Kindes in der Unterwelt Hamburgs. Mit
Oskar Homolka, Olga Tschekowa
dazu
Durchlaucht emüßert sich
Ein entzückender Tonfilm mit
Georg Alexander, Hans Junker-
mann, Lien Deyers
Die neueste lösende Wochenschau
Einmal 1/2 5 Uhr
Erwerblos 50 Pf.
Sonntag 2.30 Uhr: Gr. Jugendvorstellung
Eintritt 20 Pf.

M. I. L. A.
Lichtspiel-Palast
Schönehauser Allee 120
Gustav Fröhlich, Lien Deyers
in der lustigen Tonfilmoperette
Die verliebte Firma
Bühne
Berlins populärste 6-Tage-Reinhaber
starten in jeder Vorstellung zum großen
Milla-Preis
Mecyrnski, Henschke, Wissel, Bauer
— Starkreduzierte Eintrittspreise —

Restaurant
Berlins
BETRIEB
KEMPKISKI

Notzeit — Notpreise!
Kein Laden
Lindower Straße 18/19.
Seitenhügel, nirgends so billig.
Militärhose 2,75; Stiefel 3,75; neue
Schlafdecken 4,95, 1,65; Montierjacken
und Hosen 1,20; Militärrückenlose und
Hemden 0,75; Laufschuhe 0,90 Mark;
neue Arbeitshosen, casill Leder 3,80;
neue Schürhosen, Militärrück, Voll-
leder (keine Spallleder) 4,90; neue Mil-
itärhosen, Lederhose, 1,30 Mark;
Militär-Dreihaken 1,10;
Hosen 1,10; in Windjacken 4,35; neue
in Vollleder-Schafstiefel 11,75; neue
Strickwesten 4,40; neue in Reinswoll-
socken 8,75; reinwollene Pullower 2,90;
guterhaltene schwere Winterjoppe 4,90
Alles zum Aussehen! Militärrücken für
Arbeitszwecke 2,80 M.; neue Hosen,
gebrauchte Hosen 3 M.; neue feldgraue
Tuchhosen 8,75, die Manchesterhosen
5,75; die Körperbarchent-Arbeitshemden
1,95; Militär-Strickjacke geb. 1,20;
Militär-Fausthandschuhe wasserdicht,
warmegefüllt, 1,00; Rucksäcke, neue
Lederjacken; Schlösserhemden; Packer-
hosen, Arbeitskleidung, Breeschosen
4,90. Besichtigen Sie mein Lager ohne
Kaufzwang. Versende nach Zustell-
gegen Nachnahme. Umtausch gestattet.
Einzelverkauf Siedgund Schwarz, Bekle-
idungsverband 3 Berlin N 65, gegen-
über Bahnhof Wedding, Lindower
Straße 18/19

Kauft
deutsche

SPD-Agrarpolitik und Preußenwahl

Agrarsachverständiger Baade für Autarkie

„Eine so landwirtschaftsfreundliche Agrarpolitik zu treiben, wie wir es tun, so viel Geld für die Osthilfe usw. auszugeben und es dann mit anzusehen, daß die Wahrheit über diese Politik gar nicht zu den Landwirten dringt, daß systematisch all diese Hilfen durch eine Flut von Lügen für das landwirtschaftliche Bewußtsein ins Gegenteil verkehrt werden, das kann sich auf die Dauer kein Staat leisten.“

Dr. Baade im Aprilheft der „Gesellschaft“. D. F. Die Sozialdemokratie ist erstaunt und entsetzt, daß trotz der großagrarisches Interessentenpolitik, die unter ihrer tätigen Mitwirkung in den letzten Jahren getrieben wurde, die Gegner des „Systems“, die Nationalsozialisten, in den landwirtschaftlichen Bezirken, insbesondere in Ostpreußen — wie sich bei der Reichspräsidentenwahl zeigte — ungeheuer an Einfluß gewonnen haben. Sie läßt deshalb ihren agrarischen Sachverständigen, den ehemaligen Getreidekommissar Dr. Baade auftreten, der im Aprilheft der „Gesellschaft“ den Nachweis führt, daß mit Hilfe der Sozialdemokratie in der Nachkriegsagrarpolitik alles geschehen ist, was nur möglich war, um die deutsche Landwirtschaft vor den Folgen der Weltagrarkrise, insbesondere vor dem Sinken des Preisniveaus, zu schützen. Der ganze Artikel ist ein flehentlich Appell an die rechtsradikale Landbevölkerung, sie möge doch einsehen, daß die agrarischen Interessen nirgends besser aufgehoben sind als bei der Sozialdemokratie, und daß auch die Nationalsozialisten, wenn sie ans Ruder kämen, keine bessere Agrarpolitik machen könnten, als sie bisher getrieben worden ist.

„Mit ungeheuren Opfern der Verbraucher, mit ungeheuren fiskalischen Leistungen von Reich und Ländern ist für den Schutz und die Erhaltung der deutschen Landwirtschaft von 1928 bis 1932 mehr getan worden als in irgendeinem anderen Abschnitt der deutschen Geschichte.“

Darin hat Baade zweifellos recht. Die ganze unsinnige Agrarpolitik der letzten Jahre ist einseitig auf Kosten der städtischen Verbraucher getrieben worden, die künstliche Erhöhung des Preisniveaus durch die Hochschutzzölle, durch überhöhte Richtpreise, Fehlinvestitionen, Kontingentierungen usw. hat neben den amtlichen Lohnsenkungen zu einer weiteren ungeheuren Verminderung des Reallohns geführt. Dazu kommt weiter, daß (nach den Veröffentlichungen der Agrarpolitischen Zentrale beim Parteivorstand der SPD) in Preußen im Kapitel „Landwirtschaft“ verausgabt wurden:

im Jahre 1931	86 728 000 M.
im Jahre 1925	65 177 000 M.
im Jahre 1929	71 249 000 M.
im Jahre 1930	75 584 000 M.

Wahrlich: wenn man bedenkt, in welchem Maße im alten Preußen die Landwirtschaft stets das gehätschelte Lieblingskind der Regierung und der herrschenden Kreise gewesen ist, für das keine Ausgabe zu hoch war, so ist die Verdoppelung der Ausgaben — selbst angesichts des gesunkenen Geldwertes — eine gewiß erhebliche Leistung, auf die die Sozialdemokratie, besonders angesichts der dauernden Streichungen aller sozialen Aufwendungen, wahrlich keinen Grund hätte, stolz zu sein, wenn sie noch Wert darauf legte, im Interesse der Arbeiterschaft eine gerechte Verteilung der öffentlichen Ausgaben zu erreichen!

Aber das ist noch längst nicht aller Honig, den Baade den Nazis um den weitgeöffneten Mund schmiert. Was wollt ihr den eigentlich? fragt er. Ihr erstrebt immer die Autarkie, die Selbstversorgung Deutschlands mit Nahrungsmitteln und anderen Produkten, die Abschneidung Deutschlands vom Weltmarkt; wir haben sie ja erreicht! „Ist doch der deutsche Zuschußbedarf an Nahrungsmitteln von 3,8 Milliarden im Jahre 1927 auf 1,2 Milliarden im Jahre 1931 zurückgegangen!“ Bei wichtigen Produkten, z. B. bei Fleisch, tröstet Baade weiter, ist die Selbstversorgung heute zu 98 bis 99 Proz. erreicht. Es gehört schon allerhand Mut — und nicht gerade sehr anerkennenswerter — dazu, diese Tatsache als Empfehlung für die bisherige Agrarpolitik in den Vordergrund zu rücken. Und Baade hütet sich auch, die Gründe für diese Selbstversorgungsmöglichkeiten anzugeben. Er spricht nicht davon, daß diese Selbstversorgung nur erreicht wurde, weil die Konsumfähigkeit der Bevölkerung dauernd abnimmt, daß insbesondere der Prokopfkonzum an Fleisch heute hinter dem des Jahres 1913, der wahrlich nicht hoch war, zurückbleibt. Die Autarkie ist nicht schwer zu erreichen. Man braucht nur die Konsumkraft der Bevölkerung noch weiter zu schwächen, braucht die Lebensmittel nur noch weiter zu verschlechtern — es ist schon vorgeschlagen worden, Regenwürmer als Nahrungsmittel einzuführen

— und nach und nach die Bevölkerung vollständig auszuhungern, dann ist die von den Nazis und von Baade angestrebte Autarkie im Handumdrehen zu erreichen.

Es zeigt sich hier, wie überall in der sozialdemokratischen Politik, das gleiche Bild. Das Tolerieren, wenn nicht Mitmachen der arbeitfeindlichen Interessentenpolitik der bürgerlichen Regierung, das Wettstreifen mit den Nationalsozialisten auf dem Gebiete der großagrarisches Interessentenpolitik wie auf manchen anderen Gebieten, bringt trotz allen Flehens und Jammern nicht die wohlverdiente Anerkennung. Um die Faschisierung des flachen Landes zu verhindern, wäre nicht eine verkappt nationalsozialistische, sondern eine wirklich sozialistische Agrarpolitik notwendig gewesen. Diese aber konnte nur gegen die Großagrarien, also nicht mit Schleihe durchgeführt werden. Sie hätte die überschuldeten, nicht mehr lebensfähigen und unrentablen Großbetriebe fallen lassen und die für sie verpulverten Millionen für produktive Zwecke verwenden können und müssen. Sie hätte die Grenzen öffnen, nicht

schließen, für Umstellung des unrentablen Roggenbaus, für Anpassung der Produktion an den Konsum sorgen müssen. Das aber hätte eine völlige Neuorganisation der deutschen Landwirtschaft erfordert, die über den Rahmen des bestehenden Wirtschaftsystems hinaus geführt hätte, bei der die Großagrarien auf der Strecke geblieben wären. Das war selbstverständlich auf dem Boden der Tolerierpolitik nicht möglich. Würde man so verfahren, dann brauchte man heute nicht bei den Nationalsozialisten um „Verständnis“ und gut Wetter zu winseln, sondern hätte die Faschisierung des flachen Landes bei Zeiten verhindert und heut eine verständige und aufgeklärte Bauernschaft auf der Seite der Arbeiter.

Die sozialdemokratische Agrarpolitik mit ihren Autarkiebestrebungen trägt zu einem guten Teil die Mitschuld an der Ausbreitung des Hitleriums auf dem Lande.

Bei den Preußenwahlen werden sich auch diese Sünden der Sozialdemokratie bitter rächen. Die Sozialistische Arbeiterpartei aber muß auch bei dieser Gelegenheit wieder zeigen, daß allein eine konsequent sozialistische Bauern- und Arbeiterpolitik den einzigen Dammbrecher gegen das Faschismus bildet. Sie muß das Letzte aufbieten, um die vorerlösten Kleinbauern dem Nazifang zu entreißen und sie einzugliedern in die

antifaschistische Klassenfront der Arbeitenden in Stadt und Land.

Wohnungspolitik in Preußen

Von Max Wille

Die Preußenwahlen gehen vor allem auch die gesamte Mieterschaft an, denn wenn die Sozialdemokratie jetzt an den Litfaßsäulen verkündet: „Preußen bleibt unser“, dann übernimmt sie auch die volle Verantwortung für die in Preußen betriebene Wohnungspolitik. Wie aber sieht diese aus?

Da ist zunächst festzustellen, daß die Forderungen des reaktionären Hausbesitzes fast restlos von der preußischen Regierung erfüllt wurden. Planmäßig wurde die Wohnungszwangswirtschaft durch sogenannte Lockerungsverordnungen abgebaut.

Das Wohnungsmangelgesetz, das sowieso nur noch als sogenanntes Rahmengesetz gilt, tritt nunmehr auf Grund der IV. Notverordnung am 1. April 1933 außer Kraft. In Preußen hat aber der Volkswohlfahrtsminister Hirtzfelder von dem ihm durch Gesetz gegebenen Rechte ausgiebig Gebrauch gemacht und alle Gemeinden mit weniger als 15000 Einwohner als ohne Wohnungsmangel bezeichnet.

Damit ist für fast sämtliche preußischen Landgemeinden heute schon das Wohnungsmangelgesetz aufgehoben.

Der Richter darf im Falle der Räumungsklage keinen „Ersatzraum“ mehr zubilligen. Die Mieter sind dann sehr schnell obdachlos und müssen von Polizei wegen untergebracht werden. Und das nicht etwa in einem „ausreichenden Ersatzraum“, sondern in Räumen, von denen lediglich bestimmt wird, daß sie „zur Unterbringung von Menschen geeignet“ sind, ohne Rücksicht darauf, ob der Hausrat

untergebracht werden kann. Weiter ist in Gemeinden, in denen die Wohnungsämter aufgelöst wurden, der Willkür reaktionärer Hausbesitzer Tür und Tor geöffnet. Die Wohnungen werden bei der großen Nachfrage meistbietend vergeben. Sozialistische Arbeiter und kinderreiche Familien werden nur mit Mühe eine Wohnung finden können.

Ein noch viel größeres Glanzstück leistete sich aber die Preußenregierung hinsichtlich der Mietzinsbildung. Der Betrag der Grundvermögenssteuer, der 200 Prozent übersteigt, wurde als auf die Mieter umlegbar erklärt. Das kommt einer Mietsteigerung von etwa 12 Prozent der Friedensmiete gleich, wenn ein Durchschnitt von 300 Prozent Gemeindefachschlag angenommen wird.

Einer wahren Verhöhnung der in Not geratenen Mieterschaft aber kommt es gleich, wenn seit 1. April bei gestundeter Hauszinssteuer mehr Miete gezahlt werden muß, weil 20 Prozent der Hauszinssteuer dem Hauswirt geschenkt werden.

Das Preußen der Braun und Severing ist darum vom Standpunkte der Arbeiter alles andere als „unser Preußen“. Es ist das Preußen der Besitzenden, der Junkers und der Hauspaschas. Am wenigsten ist es für die Mieter „unser Preußen“. Die Mieter müssen darum am 24. April bekennen, daß sie entschlossen und gewillt sind, diesem Treiben der hausbesitzerfreundlichen Preußenregierung ein energisches Paroli zu bieten und geben darum ihre Stimme der Liste der SAP

der Liste 18.

Partei im Wahlkampf

Schkeuditz.

In einer öffentlichen Wählerversammlung der SAP sprach Genosse Gebhardt. In der Diskussion versuchten zwei KPD-Leute, Löber und der Chefredakteur der kommunistischen „Dorfzeitung“ Stamm, die ultralinke Taktik der KPD zu verteidigen. Sie stießen mit diesem Versuch jedoch auf den heftigsten Widerstand der Versammlung. Genosse Wille verwies auf die Früchte ihrer Tätigkeit in Schkeuditz und zeigte praktische Beispiele dafür, wie gefährlich sich auch hier der Kurs dieser Genossen auswirkt. Genosse Gebhardt forderte unter dem Beifall der Versammlung die Durchsetzung des leninistischen Standpunktes in der Einheitsfrontpolitik.

Deitzscher Bezirk

Öffentliche Versammlungen veranstaltete die SAP in Wallune mit Genossen Baumgärtel, in Schnaditz mit Genossen Schürmer und in Tiefensee mit Genossen Geithe. Am Sonntag fuhr die Partei mit dem SJV und Schutzbund in zwei Lastwagen durch den Kreis Delitzsch und besetzte die ländlichen Gemeinden mit Flugblättern. In Landsberg sprach Genosse Thalheim, Leipzig, in einer von 130 Per-

sonen besuchten Versammlung. Als Diskussionsredner für die KPD trat Genosse H. Schmidt, Zeitz, auf. Er betonte: Den Ausführungen des Referenten sei zum größten Teil nichts hinzuzufügen. In der Gewerkschafts- und Einheitsfrontpolitik proklamierte er jedoch die Linie der KPD. Nach ihm verzapfte ein Nazi seinen üblichen Kohl. Im Schlußwort widerlegte Genosse Thalheim die Ausführungen der Diskussionsredner. Versammlungen wurden auch in Paupitzsch und in Löbnitz abgehalten, in welchen Genosse Baumgärtel das Referat hielt. Der Erfolg war gut.

Goßwitz

In einer sehr gut besuchten Wahlversammlung sprach Genosse Hiestermann, Zwickau, über die „Preußenwahl und die Arbeiterklasse“. Genosse Hiestermann verstand es, den Anwesenden den Sinn dieses Kampfes klar und verständlich zu machen. Die Arbeiterklasse wird nur siegen können, wenn sie sich bewußt ist — und in diesem Bewußtsein handelt —, daß hinter den Stimmzetteln die Massenaktionen stehen müssen. Der Kampf von morgen ist ein außenparlamentarischer Kampf. Die Versammlung war ein großer Erfolg für unsere Bewegung.

Auf zur Wahl

Von Kurt Behrend

Genossin, was zögerst du noch! Du meinst, es hätte ja doch mit dem Wählen keinen Sinn; aber wo kämen wir hin, Genossin, wenn alle so dachten? Du hast oft geklagt und du klagst mit Recht. Es ging uns ja allen herlich schlecht; die ewige Sorge ums tägliche Brot und täglich vor Augen die harteste Not; gewiß, eine Wahl hilft da nicht viel, doch sie ist Etappe beim Weg zum Ziel. Hier heißt es einmal Farbe bekennen, hier kann man dem Gegner Zahlen nennen. Da ist jede Stimme von Wichtigkeit, Genossin, geh' wählen, es ist Zeit!

Genosse, auch du zögerst noch! Auch du sagst, es hätte ja doch mit der SAP keinen Sinn, rennt zur SPD wieder hin, zu den Pseudo-Sozialdemokraten, die dich täglich und stündlich verraten, die nur nach Herrn Brüning schielen, aber nicht mit uns Arbeitern fühlen, oder gar zu den Kommunisten, den zentristischer Radikallisten, die nur noch das Dogma schön und dabei über Leichen geh'n, die Streiks befehlen, die uns nur schwächen, die Hitler wählen, um die Fesseln zu brechen. Kannst du solch ein Tor sein, Genosse? Nein! Drum trag' dich für Liste 18 ein. Kämpf' für die Partei, die auch dich unterstützt.

für die Partei, die dir wirklich nützt, die wirklich den Sozialismus erstrebt. Genosse, zögere nicht, es ist proletarische Pflicht!

Und Jungwähler, du? Gehört du noch immer dazu, zu denen, die nicht alle werden, die allen Verapredungen glauben auf Erden, und die erst merken, wohin sie geführt, wenn man im Felde sie massakriert; da sieht der Krieg dann anders aus als beim Strammstech'n und Fahnen schwenken zuhause.

Wollt ihr als Arbeitsvieh auf die Güter gehn, wollt ihr zwölf Stunden vor der Maschine stehen,

Töchter und Söhne, für Hungerlöhne, dann wählt nur Hitler und seine Horden, die den wahren Sozialismus ermorden. Doch wollt ihr den Weg aus dieser Nacht sehn, dann geht, Jungwähler, und wählt

Liste 18

Wie wird Liste 18 gewählt?

Alle proletarischen Wähler, die bei der preußischen Landtagswahl am Sonntag ihre Stimme der Liste 18 geben wollen, müssen beachten, daß diesmal die Wahlzeit bereits eine Stunde früher beginnt und eine Stunde früher endet als bei der Reichspräsidentenwahl am 10. April. Gewählt wird also

von 8 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags.

Wahlberechtigt ist jeder Reichsdeutsche, der bis zum 24. April 20 Jahre alt geworden ist und am Tage der Wahl seinen ständigen Wohnsitz in Preußen hat. Preußische Staatsbürgerschaft ist nicht erforderlich. Das gilt im gleichen Sinne für die Wahlen in den anderen Ländern, Bayern, Hamburg usw.

In Preußen ausgestellte Wahlscheine gelten aber nur für Preußen, nicht für die Wahlen in Hamburg, Anhalt, Württemberg und Bayern. Umgekehrt haben die in Hamburg, Anhalt, Württemberg und Bayern ausgestellten Wahlscheine in Preußen keine Gültigkeit. Wer sich also am 24. April nicht in seinem Wohnort aufhält und sich deshalb einen Wahlschein ausstellen ließ, muß unbedingt einen zu Preußen gehörenden Ort aufsuchen, um sein Wahlrecht auszuüben.

Jeder Wähler und jede Wählerin, die nicht die Wählerliste eingesehen hat, also nicht sicher ist, ob sie in der Wählerliste steht, muß ihr Wahlrecht in den Vormittagsstunden ausüben. Wenn Sie nicht in der Wählerliste stehen, stellt das örtliche Wahlamt (in Berlin das Bezirkswahlamt) noch eine Bescheinigung aus, die zum Wählen berechtigt, falls ausreichende Ausweise über die Wahlberechtigung vorgelegt werden. Die Adresse des Wahlamtes ist im Wahllokal zu erfahren.

Bei der Wahl dürfen nur amtliche Stimmzettel benutzt werden, die im Wahllokal vom Stimmzettelverteiler ausgegeben werden. Die Stimme für die SAP wird durch Einzeichnen eines Kreuzes im Feld für die Liste 18, Sozialistische Arbeiterpartei abgegeben. Außer dem Kreuz darf der Stimmzettel keinen weiteren Vermerk tragen, da sonst der Stimmzettel ungültig wird.

Der Stimmzettel darf nur in einem amtlichen Umschlag abgegeben werden, der mit dem Adlerstempel versehen ist. Die Umschläge werden nur im Wahllokal von dem dazu bestimmten Stimmzettel-Verteiler ausgegeben werden.

Jeder Wähler muß sich mit geeigneten Ausweispapieren versehen, da Nachweis über die Person verlangt werden kann. Bei Wahlscheininhabern sind Ausweispapiere unbedingt erforderlich.

Lügen als Parteiprinzip der NSDAP.

Nazis versprechen Jedem, was er haben will

Wenn Hitler mit Unternehmern fröhlich über die Finanzen anderer Länder, aus Schweden seine Finanzen sauberen läßt, dann kann er sich würdig neben den übelsten, reaktionärsten Schurkennachern der Arbeiterbewegung stellen lassen. Geht es aber um den Stimmenfang von Millionen proletarischer Wähler, dann gibt es keine gewerkschaftsfremdlichere, sozialrevolutionärere Bewegung als den Nationalsozialismus.

Da haben die Nazis ein Flugblatt herausgegeben, das unter dem Motto: „Hier ist die Wahrheit! Alles andere ist Lüge!“ den Arbeitern genau das Gegenteil von dem als Wahrheit aufischt, was Hitler und seine Sendeläden Industriellen und anderen Goldgebern erzählt.

Im folgenden haben wir immer erst die einzelnen Punkte dieses Flugblattes angeführt, in denen der Arbeiterschaft Versprechungen über Versprechungen gemacht werden. Und dann folgt in Fettdruck jeweils das, was der Osef und sein Gefolge der Bourgeoisie als Lohn verheißt:

1. „Die NSDAP will die Gewerkschaften nicht zerschlagen. Sie betrachtet vielmehr die Gewerkschaften als das Rückgrat der Arbeiterbewegung!“

„Zunächst hat die Möglichkeit der Zerschlagung der Gewerkschaften in Deutschland durch offenes Berechnen wenig Aussicht.“ (Hitler in seinem Memoirenbuch.) „Daher muß man die Gewerkschaften von innen heraus zersetzen, muß man Betriebszellen schaffen, aus denen sich die nationalsozialistischen Berufsgewerkschaften zu entwickeln haben.“ (Parteiliche Richtlinien der NSDAP für die Gewerkschaftsarbeit.)

2. „Die NSDAP befehlt das Betriebsratsgesetz und fordert darüber hinaus seinen weitestgehenden Ausbau.“

„Das Betriebsratsgesetz ist nur zu dem Zweck geschaffen worden, um die Herren Marxisten wirtschaftlich unterzubringen, die sonst infolge ihrer geistigen Beschaffenheit meistens arbeitslos wären.“ (Nazi-Betriebszellen-Organisator Land am 22. 11. 31 auf einer Chemnitzer Nazi-Tagung.)

3. „Die NSDAP befehlt die Grundzüge des Arbeitsrechts und arbeitet an seiner Erhaltung und seinem Ausbau mit aller Kraft.“

„Entwurf einer Natverordnung über die nationale Arbeitsdienstpflicht (Boyheimer Programm). — Kasernierung und Zwangsarbeit ohne jede Entscheidung für alle nicht zur NSDAP gehörenden Arbeitslosen (Beilauer Forderung der Nazis vom Dezember 1931 im Ausschluß für Arbeitslosenpflicht).“

4. „Die NSDAP ist grundätzlich für die Aufhebung des Tarifsystems und vorzuziehen den Versuch, an dem Tarifsystem an sich etwas zu ändern oder dasselbe zu verschärfen.“

„Wir lehnen Tarifverträge als schädliches Produkt einer nicht im Interesse der Volksgemeinschaft liegenden Zwangsmaßnahme grundätzlich ab.“ (Gottschewski im Di. Harter Nazi-Ordnung. Die V. D. D. über die Tarifverträge im 3. Teil.) — „Keine Tarifverträge heute, sondern Disziplinierung.“ (Marschall der Parteiführerschule der Nazis, J. J. 31.)

5. „Die NSDAP lehnt das Streikrecht und die Streikbewegung bei gerechtfertigten Forderungen.“

„An Stelle der berufständlichen Solidarität erhebt die Ablehnung des Streiks.“ (Gottschewski in Dresden.) — „Wer vor Ausbruch des Streiks nicht Betriebsangehöriger war, ist nicht Streikbrecher, wenn er während des Streiks die Arbeit aufnimmt.“ (Nazi-Zellenleiter in einer Diskussionsversammlung in der Beilauer RZ Ende 1931.)

6. NSDAP für Sozialversicherung in allen Branchen.

„An Stelle der sozialen Versicherung, die aufgehoben wird, treten Zwangssparkassen.“ (Gottschewski in Dresden.) — „Die Sozialversicherung ist eine der größten räuberischen Erfindungen an den Bessenden.“ (Gewerkschaftsleiter der Nazi-Führerschule A. Wagner am 4. Juli 1930 in München.) — „Die Sozialversicherung sind Faulenzer und Spitzbuben, die in den Wald gehen und Holz stehlen.“ (Gottschewski in Dresden.)

7. „Die Arbeitlosenunterstützung ist abzuschaffen.“ (Prof. Fritz Behn im „Volkswacht“ am 3. April 1931.)

„Der Hunger ist staatenbildend.“ (Gottschewski in einem Aufsatz „Der Hunger und seine Sendung“, in dem er behauptet, daß der Hunger nicht etwas Materialistisches

„Der Hunger steht am Anfang der Politk. Er ist geschichtsbildend.“

Aber Fritsch hat in Thüringen einige Militärgeldder eingezogen, hat selbst nach seinem Verschwinden noch über 10 000 Mark für neun Monate einkassiert. Goebbels macht er nicht unter einem feudalen Mercedes, der ihm wichtiger ist, als seine hungrigen SA-Leute. Hitler prallt in Düsseldorf mit Industriellen, dürrt im Berliner „Kaiserhof“ und legt alle Reisen im Sonderflugzeug zurück. Und mit der größten bodenlosen Verlogenheit gibt man Flugblätter heraus, die noch fragen:

„Hilfst du den Hunger für notwendig?“ Flugblätter, die der Not von Millionen spotten und ihnen das Blut vom Himmel versprechen, wenn sie den Nazis nur die Macht geben.

Wozu wir das alles auführen? Im Kampf gegen die Lüge, die einzige Waffe einer „im Primitiven, im Hunger das gestaltende Leben“ erblickenden Partei, brauchen unsere Genossen Material. Das wollen wir mit den kurzen eindringlichen Gegenüberstellungen ihnen geben.

5934000 Arbeitslose

TU, Berlin, 21. April 1932

Die Zahl der Arbeitslosen ist nach dem Bericht der Reichsanstalt für die Zeit vom 1. 15. April 1932 im Zuge der jahreszeitlichen Entwicklung in der ersten Aprilhälfte um etwa 100 000, seit Mitte März um rund 200 000 zurückgegangen. Am 15. April waren bei den Arbeitsämtern rund 5 934 000 Arbeitslose gemeldet. Der Saisonbeginn brachte in den Außenländern eine Verringerung der Zahl der Arbeitslosen um rund 138 000, während in den anderen, überwiegend von der Konjunktur abhängigen Berufsgruppen die Arbeitslosigkeit gestiegen ist, und zwar insbesondere in den Berufen des Spinnstoffgewerbes, der Metallindustrie und der häuslichen Dienste sowie bei den Angestellten.

Außerdem bleibt zu beachten, daß die Bestandzahl der Arbeitslosen im gegenwärtigen Zeitpunkt durch den erheblichen Zugang von Anwerbenden und Schulentlassenen beeinflusst sein muß, bei denen angesichts der anhaltenden Ungunst der Lage eine Aufnahme in die Wirtschaft nur in beschränktem Umfange stattgefunden hat. Die Arbeitsaufnahme in den Saisonberufen hat sich für die Entlastung der Arbeitslosenversicherung stärker ausgewirkt als für die Gestaltung des Arbeitsmarktes, so daß seit Anfang April die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung um rd. 231 000 auf rd. 1 347 000 am 15. April zurückgegangen ist; diese Entwicklung ist zum Teil auch auf die wachsende Zahl der Aussteuerungen nach Ablauf der Unterstützungsdauer zurückzuführen. Auch in der Krisenfürsorge ist zum erstenmal seit etwa Jahresfrist ein Rückgang der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger zu verzeichnen, und zwar um rd. 23 000 auf rd. 1 721 000.

Der Rückgang der Arbeitslosenziffer um nur 100 000 ist im Hinblick auf die für diese

Aufregende Szenen im Prozeß „Felsenacke“

B.G. In der heutigen Schwurgerichtsverhandlung um die Zusammenstöße in der Kolonie „Felsenacke“ wurde die Vernehmung der nationalsozialistischen Angeklagten fortgesetzt. Als dritter Angeklagter wurde der Kutcher Schwarz vernommen, der 4 Jahre lang dem Rotfrontkämpferbund angehörte und erst acht Wochen vor diesen Vorfällen in die Sturmabteilung der NSDAP eingetreten war. Schwarz gab an, daß er bei der Versammlung der SA nichts Auffälliges bemerkt habe und das für den Rückweg auch keine Parole ausgegeben worden sei. An dem Ueberfall auf Klemke will er nicht beteiligt gewesen sein. Schwarz wurde ebenso wie der Angeklagte Strauch von dem SA-Mann Dorst in der Voruntersuchung bezichtigt, auf Klemke eingeschlagen zu haben. Bei der Erörterung über diese belastende Aussage ereignete sich ein Zwischenfall. Der kommunistische Angeklagte Gentz fiel in Krämpfe und brach ohnmächtig zusammen. Während sich seine Genossen um

ihn bemühten, sprang der kommunist Hohnmann auf und rief erregt in den Gerichtssaal: „Wir protestieren, wir haben keine Freistunde, ich bin auch schon nervös.“ Bei diesen Worten brach auch Hohnmann zusammen.

Staatsanwaltschaftsrat Stenig gab eine kurze Erklärung ab, in der er bestätigte, daß die in Untersuchungshaft befindlichen Angeklagten an den Tagen der Hauptverhandlung aus zeitlichen Gründen keine Freistunde gehabt hätten. Er regte daher an, den Beginn der Sitzung für diesen Prozeß um eine halbe Stunde später zu verlegen, damit die Gefangenen in der üblichen Morgenstunde spazieren gehen könnten. Nachdem sich die Verteidiger mit diesem Vorschlag einverstanden erklärt hatten, beantragte Rechtsanwalt Litten die Aufhebung der Haftbefehle gegen acht kommunistische Angeklagte, damit sich der Zwischenfall, der die Hauptverhandlung gestört habe, in Zukunft nicht mehr wiederholen könne.

Unser Breslauer Parteibüro im Wahlkampf



Arbeitslose klagen an

TU Warschau, 22. April 1932.

In Tucheln in Pommerellen kam es am Donnerstag zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen der Polizei und einigen hundert Arbeitslosen, die Einlaß in das Rathaus forderten. Die Polizei, die die Menge zerstreuen wollte, machte von der Schußwaffe Gebrauch. Sechs Arbeitslose wurden zum Teil schwer verletzt. Mehrere Personen wurden verhaftet. Am Abend versuchten die Arbeitslosen, ihre Kundgebungen zu wiederholen, wurden aber von der verstärkten Polizei auseinandergetrieben. Sämtliche Fensterscheiben im Rathaus und im Starostei-Gebäude wurden zerstört.

Polizei knüttelt Arbeitslose nieder

New York, 22. April 1932

Nachdem der Arbeitslosenrat vor einigen Tagen dem Bürgermeister Walker radikale Hilfsforderungen übermittelt hatte, demonstrierten am Donnerstag 5000 Arbeitslose vor dem Rathaus. Sie trugen rote Fahnen mit der Aufschrift „Laßt Morgan zahlen. Walker will Bier, wir wollen Brot! Schloß mit dem Schwindel der privaten Erwerbslosenhilfe.“ Als der Wortführer mit Walker zu sprechen verlangte, griff die Polizei ein. 300 Polizisten trieben die Demonstranten auseinander. 25 Personen, darunter mehrere Frauen, wurden verwundet. Die Polizei schritt zu zahlreichen Verhaftungen.

Hungermarsch auseinandergetrieben

New York, 22. April 1932

In Philadelphia veranstalteten Kommunisten am Donnerstag einen „Hungermarsch“ durch das Geschäftsviertel der Stadt, wobei es zu blutigen Zusammenstößen mit der Polizei kam. Mindestens 60 Personen wurden verletzt. Berittene Polizisten trieben die Menge, aus der mit Steinen geworfen wurde, auseinander. Mehrere hundert Personen wurden verhaftet.

KPD-Erwerbslosentag eine Pleite

Seit Wochen propagiert die KPD-Presse den 19. April als Reichs-Erwerbslosentag. An diesem Tage habe die KPD die Absicht, die Erwerbslosen in den einzelnen Orten Deutschlands unter ihren Parolen zu großen Massendemonstrationen gegen das Hungerregime Brunnings zusammenzufassen. Aber o Schreck, es blieb bei der bloßen Absicht; denn was fehlte, waren die Massen, die bereit sind unter der Parole der KPD zu kämpfen. Da kann man nun nicht sagen „die Arbeitslosen hungern noch nicht genug“, sondern hier erweist sich erneut, daß die KPD unfähig ist, Massen in den Kampf zu führen.

So war es am 19. April in Halle a/S. und sicher auch in allen anderen Orten Deutschlands. Von den 24 000 Erwerbslosen folgten nicht mehr und nicht weniger als wie 250 Menschen dem Rufe der KPD, das sind gerade 1 Prozent der gesamten Erwerbslosen. Ob die Hallischen Funktionäre nun endlich einmal anfangen, darüber nachzudenken, warum und weswegen das so ist? Oder wollen sie fein säuberlich unter sich bleiben? Wenn schon, denn schon, um so mehr erwächst für uns als SAP die Pflicht, die revolutionäre Arbeiterschaft zu sammeln und mit frischen Kräften und neuem Mut gegen die Brüning-Regierung und den Faschismus zu kämpfen.

Neue englische Zollverordnung

Das englische Schatzamt hat auf Empfehlung des beratenden Zollausschusses die neue Zollverordnung erlassen, die insgesamt etwa 100 Warengattungen umfaßt und am 26. April in Kraft tritt. Durch die neuen Verordnungen werden die unter dem Dumpingabwehrgesetz erlassenen drei Zollverordnungen außer Kraft gesetzt. Die neue Zollverordnung sieht eine sofortige Zollerhöhung für eine große Anzahl von Halbe- und Fertigfabrikaten vor. Allgemein ergibt sich ein Zolltarif in Höhe von 25 bis 30 v. H. für Frucht- und Gemüsekonserven, Kaviar usw. und von 20 v. H. für Fertigwaren. In gewissen Fällen beträgt der Zoll nur 10 bis 15 v. H., bei Halb- und Luxuswaren 25 bis 30 v. H. Für Stahl und Eisen stellt sich der neue Zoll auf 30 v. H. Hierunter fallen Spiegeleisen und Eisenmangan, ferner Eisenbarren, Zinnbleche und Barren, alle Sorten von Stangen, Winkeln usw., Schmiede- und Gußstücke, Hufeisen, Träger, Reifen, Platten und Bleche aller Art.

Die Zollerhöhung auf 20 v. H. umfaßt 16 Warengattungen.